

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Muzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. gewöhnliche Postzeitung. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 538 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Wep. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Am 16. September 1929 wurde im Reichsrat über die Pläne der Reichsregierung zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und über den sogenannten Kompromißvorschlag Preußens beraten. Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme der Kompromißvorlage mit 42 gegen 21 Stimmen in der Abstimmung über die Gesamtvorlage einschließlich des Kompromißantrages.

Die Arbeiterschaft kann mit diesem Notbehelf nicht ganz zufrieden sein, und die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß beide Entwürfe, sowohl der der Reichsregierung wie der preußische Kompromißvorschlag, noch erhebliche Verbesserungen erfahren müssen, wenn sie für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion annehmbar werden sollen. Diese Entwürfe sind Notbehelfe, die durch die äußerst schwierigen Verhandlungen erklärt werden, die ihnen vorausgingen. Allerdings hat der Reichstag das letzte Wort über die Vorlage zu sagen. Es ist möglich, daß sich auch im Reichstag eine Mehrheit für diese Kompromißlösung finden wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird aber jedenfalls nichts unversucht lassen, um die ihr notwendig scheinenden Verbesserungen durchzuführen. Sicher wird sich aber die gesamte Arbeiterschaft schützend vor die Arbeitslosenversicherung stellen, so daß jeder Vorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung auf eine entschiedene Abwehr aller Gewerkschaften stoßen wird, wie Reichsarbeitsminister Wissell auf dem christlichen Gewerkschaftskongress erklärt hat. Es ist ein Unglück, daß sich der Wille der Arbeiterschaft in der Frage der Arbeitslosenversicherung noch nicht durchsetzen konnte. Allerdings wurde durch das entschlossene Auftreten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wenigstens erreicht, daß auch die reaktionären Pläne der Unternehmer nicht durchdrangen. Aber das vorläufige Ergebnis dieses erbitterten Kampfes ist eben das jetzt im Reichsrat beschlossene Flickwerk an der Arbeitslosenversicherung, das dazu helfen soll, die Arbeitslosenversicherung für die nächsten 1 1/2 bis 2 Jahre finanziell durchzuführen. Ob sich die Hoffnungen, die sich daran knüpfen, erfüllen werden, ist zum mindesten noch sehr ungewiß. Es ist möglich, daß infolge des Youngplanes eine Belebung der deutschen Wirtschaft stattfindet, die eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, und damit auch eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung zur Folge haben wird. Mit Gewißheit kann das aber noch niemand voraussagen. Und wenn sich die neue Reparationsregelung in der erwarteten günstigen Weise auf die deutsche Wirtschaft einwirkt, dann ist ganz sicher, daß dann aufs neue der Kampf um die Verteilung der Lasten entbrennen und noch viel schärfere Formen annehmen wird. Schon jetzt mehren sich die Stimmen aus den Kreisen der Wirtschaft, die die Erleichterungen des Youngplanes hauptsächlich für die schwer leidende Wirtschaft reklamieren wollen. Es scheint überhaupt so, als ob das Unternehmertum einen Generalangriff gegen die deutsche Sozialversicherung plante, die ihm so unerträgliche Lasten auferlegt, daß z. B. ein Aufsichtsratsmitglied bei den Glanzstoff-Fabriken für seine aufreibende Tätigkeit während eines Jahres nur die bescheidene Summe von 160 000 Mk. (nach der Einbringung der Glanzstoff-Fabriken in die holländische Gesellschaft nach dem neuen Statut sogar 600 000 Mk.) einstreichen konnte. Die deutsche Arbeiterschaft wird diesem Angriff zu begegnen wissen. Und wenn es die Sozialreaktionäre gar zu einer Reichstagsauflösung treiben sollten, dann mögen sie sich schon vorher sagen lassen, daß sie an dem Ausgang eines Wahlkampfes, der unter der Parole „Schuß und Ausbau der Sozialversicherung“ geführt wird, ihr blaues, oder vielmehr ihr rotes Wunder erleben werden. Jedenfalls sind die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung eine ernste Mahnung an die Arbeiterschaft, ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen in jeder Weise zu stärken. Um so gewisser wird der Erfolg der Abwehr und des Kampfes um unsere sozialen Errungenschaften sein. Und erspart wird uns der Kampf nicht bleiben.

Der im Reichsrat angenommene Gesetzentwurf will den notwendigen finanziellen Ausgleich in der Hauptsache durch eine Beitragserhöhung von 1 1/2 Prozent für die Versicherungsnehmer des Saisongewerbes, und 1/2 Prozent für die übrigen Versicherten herbeiführen. Er unterliegt nun noch der Beschlussfassung des Reichstages, der wahrscheinlich am 30. September zusammenzutreten wird. Um die Verschlechterungen, die in dem Entwurf enthalten sind, deutlich zu machen, lassen wir ihn hier im Wortlaut folgen:

§ 1. Während einer berufstätigen Arbeitslosigkeit erhalten Arbeitslose aus Berufen und Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufstätig ist, in der Lohnklasse VII die Unterstützungssätze der Klasse VI, in den Lohnklassen VIII und IX die Unterstützungssätze der Klasse VII, in den Lohnklassen X und XI die Unterstützungssätze der Klasse VIII.

§ 2. Für Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI, die das 45. Lebensjahr nicht vollendet haben und keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben, bestimmt sich die Unterstützung auch dann nach § 1, wenn es sich nicht um eine berufstätige Arbeitslosigkeit handelt, aber der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren vor der ersten Arbeitslosenmeldung, dem Erwerb der Unfähigkeit auf die Unterstützung folgte, nicht mehr als 52 Wochen, oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, nicht mehr als 12 Mo-

nate in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat, ohne daß ihm zwischen Beginn und Ende der Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist.

Hat der Arbeitslose Unterstützung nach den Sätzen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezogen, ohne seine Ansprüche zu erschöpfen, und wird er nach einer Beschäftigung, auf Grund der ihm nur die Unterstützung nach Absatz 1 zustände, erneut arbeitslos, so behält er den Anspruch auf den Unterstützungssatz nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit, für die er ihn hätte beziehen können, wenn er arbeitslos geblieben wäre.

Zeiten, die nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung für den Erwerb der Unfähigkeit auf Arbeitslosenunterstützung gleichsetzen, stehen ihr auch für die Bemessung der Unterstützung gleich.

§ 3. 1. Während einer berufstätigen Arbeitslosigkeit dauert die regelmäßige Wartezeit bei Arbeitslosen der Lohnklasse VII bis XI:

- a) drei Wochen, wenn sie keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben.
b) zwei Wochen, wenn sie einen oder drei zuschlagsberechtigte Angehörige haben.
c) eine Woche, wenn sie vier oder mehr zuschlagsberechtigte Angehörige haben.

2. Die Wartezeit des Absatzes 1 verkürzt sich in den Fällen des § 110b Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und

Für wen wird rationalisiert?

Gewiß sind wir noch weit davon entfernt, daß wenige Männer am Schaffbrett die ganze Produktion leiten und leisten, aber die Arbeitslosen zeigen uns die Richtung. Wir können uns nicht hoffnungslos mit leichter Handbewegung darüber hinwegsetzen und erwarten, daß der bei Verbilligung ausgedehnte Absatz neue Arbeitsgelegenheit genug schafft. Es zeigt sich die Häresie (Keßerei. Die Red.), es zeigt sich, wie sinnlos eine solche Produktion ist, die sich nicht überlebt, für wen sie produziert, die vielmehr steckenbleibt in einer — wenn auch noch so großartigen — Durchdenkung und Rationalisierung der Produkte und der Art ihrer Herstellung.

Gewerberat Professor Dr.-Ing. Dr. Waffenschmidt auf der Jahreshauptversammlung der Gewerbeaufsichtsbeamten 1927 in Hamburg.

Arbeitslosenversicherung bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen auf zwei Wochen, bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen auf eine Woche, und bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen auf drei Tage. Auch sonst kann in Fällen besonderer Notlage die Stelle, die zur Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, die Wartezeit bis auf diese Grenzen herabsetzen.

3. Erstreckt sich die Wartezeit über den Zeitraum der berufstätigen Arbeitslosigkeit hinaus und hat sie bereits so lange gedauert, wie in § 110b Absatz 1 oder 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgeschrieben ist, so endet sie mit dem Ablauf der berufstätigen Arbeitslosigkeit; hat sie noch nicht so lange gedauert, so endet sie mit dem Ablauf des Tages, mit dem sie nach § 110b Absatz 1 oder 2 beendet ist.

§ 4. Abweichend von § 153 Absatz 3 und § 245 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitrag zur Reichsanstalt für das Reichsgebiet einheitlich 3 1/2 Prozent des maßgebenden Arbeitsentgelts; die Paragraphen 161 und 163 des Gesetzes finden Anwendung.

§ 5. In Berufen, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufstätig ist, ist der Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent des maßgebenden Arbeitsentgelts höher als der Beitrag, der im übrigen zur Reichsanstalt zu entrichten ist; das gilt nicht für die Land- und Forstwirtschaft. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann weitere Berufe und Gewerbe, deren wirtschaftliche Lage diese Erhöhung des Beitrages offenbar nicht zuläßt, von der Erhöhung ausnehmen; er kann für Berufe und Gewerbe, deren wirtschaftliche Lage offenbar eine Erhöhung um 1 Prozent des Arbeitsentgelts zuläßt, eine geringere Erhöhung vorschreiben. Die Anordnungen des Verwaltungsrates bedürfen der Zustimmung des Reichsarbeitsministers.

§ 6. 1. In welchen Berufen und Gewerben eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufstätig ist, bestimmt sich nach der Verordnung über berufstätige Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 (Reichsarbeitsblatt I 282) und der Verordnung über berufstätige Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 (Reichsarbeitsblatt I 282). Das gleiche gilt für Zeitraum, Beginn und Ende der berufstätigen Arbeitslosigkeit.

2. Die Reichsregierung kann nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt Abweichendes bestimmen.

§ 7. 1. Dieses Gesetz tritt am 1. November 1929 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1931.

2. Auf Grund des § 6 Absatz 2 können Anordnungen schon vor dem 1. November 1929 erlassen werden.

Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa.

Im Haag ist eine weitgehende Liquidation des Krieges geglückt, und somit sind bessere Möglichkeiten für eine eigentliche Völkerverdämmerung geschaffen. Es ist einer der großen glücklichen Zufälle, daß auf der ersten, von der Reparationslast freien Völkerverdämmerung in der Ansprache über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes Macdonald in der Eröffnungsrede die Forderung mit der Skizzierung

eines umfangreichen Programms einer Politik des Friedens an sich riß, und somit gewissermaßen einen Wettstreit im Streben nach der Befriedung der Welt einleitete. Briand folgte dem Beispiel Macdonalds, entwarf sogar ein noch großzügigeres Programm, setzte der Welt noch weitergehende Ziele. Stresemann sprach als letzter, die Fäden der beiden ersten weiterspinnend. Von den vielen Problemen, die so zur Debatte gestellt wurden, soll uns an dieser Stelle nur eines interessieren, das der Vereinigten Staaten von Europa, das schon vorher von Briand in Form eines Interviews zur Debatte gestellt worden war, und zu dem in Genf fast alle Redner Stellung nahmen.

Briand hat in seiner Rede keinen positiven Plan unterbreitet, ja man weiß sogar, daß zur Zeit noch jeder genaue Plan fehlt. Er hat nur die Idee der wirtschaftlichen Abstützung der Welt, die Idee der Schaffung einer wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas zur Debatte gestellt, und zwar in der für ihn typischen, meisterhaften Form. Diese Idee ist im Kreise der europäischen Delegationsführer weiter besprochen worden. Briand hofft, daß eine besondere Kommission einen bestimmten Plan ausarbeiten wird, der im Jahre 1930 der Völkerverdämmerung unterbreitet werden kann.

Welche Bedeutung kommt diesem Gedanken zu? Was verspricht sich Briand von der Verwirklichung seines Gedankens? Aus welcher Einstellung heraus ist er zu diesem Vorschlag gekommen? Zu deutlich merkt man, daß diesem Vorschlag eine doppelte Frontstellung zugrunde liegt, die einer Front gegen Rußland und die einer solchen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Von diesen beiden Staaten droht der heutigen europäischen Wirtschaft eine große Gefahr. Die europäische Wirtschaft ist von einer Gefährdung noch weit entfernt. Glück es nicht, der Arbeitslosigkeit in weit stärkerem Maße, als es bisher der Fall war, Herr zu werden, dann werden die Russen, d. h. die Kommunisten, in weiten europäischen Gebieten stets ein ausgezeichnetes Agitationsfeld vorfinden. Eine andere große Gefahr droht der europäischen Wirtschaft von den Vereinigten Staaten von Amerika. Während die europäische Wirtschaft in mehrere Teilgebiete zerfällt, und infolge der Begrenztheit dieser nationalen Teilgebiete die Vorteile einer Massenproduktion nur zum Teil ausgenutzt werden können, verfügen die USA. über den großen, einheitlichen Markt, wo sie ihre Produkte in Massen absetzen können, so daß sie auf jedem neuen Gebiete, wie z. B. für Automobile, Radio, Film, Staubsauger, die Führung an sich reißen können. Hinzu kommt, daß Amerika durch hohe Zölle, die es in diesen Wochen weiter zu erhöhen gedenkt, den einheimischen Markt gegen Europa abschließt, die Exportmöglichkeiten Europas nach den USA. auf ein Minimum begrenzt. So erschwert Amerika den Wiederaufbau Europas, weist Europa aber zugleich auf einen Ausweg aus der heutigen Misere hin, nämlich den der Schaffung eines großen europäischen Marktes.

Um so der Gefahr der Bolschewisierung bzw. der Amerikanisierung zu entgehen, um Europas Selbständigkeit zu behaupten, will Briand den Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einer Einheit. Der Kapitalismus Europas soll nach Verwirklichung dieses Planes in gestärkter Kraft neu erstehen. Es wäre töricht, nur diese typisch kapitalistischen Grundgedanken zu sehen und zu übersehen, daß bei dem Werden dieser neuen Einheit auch die Wirtschaftsförderung eine Änderung erfahren wird. Macdonald hat diese Seite des Problems gesehen und in seiner Rede darauf hingewiesen, daß der Warenaustausch nicht nur von Zollschranken befreit, sondern auch organisiert werden mußte. Er hat somit die Notwendigkeit einer organisierten Weltwirtschaft betont. Im Sinne dieses Gedankens Macdonalds dürfte sich auch in der Wirklichkeit der Plan Briands auswirken.

Ist aber diese Idee Briands überhaupt zu verwirklichen? Dem einen mag sie noch als Utopie erscheinen, und dies mit einem gewissen Recht, denn der gute Grundgedanke der Briandischen Idee ist durch viele zu phantastische Vorschläge ähnlicher Art in letzter Zeit etwas mißkreditiert worden. Es wird nicht so phantastisch vor sich gehen, wie mancher es sich denken mag. Die großen Etappen auf dem Wege zu diesem Ziel lassen sich schon jetzt andeuten. Es wird vor allem zu einer Zusammenarbeit der europäischen Staaten kommen, für deren Wirtschaft die heutigen hohen Zollmauern sich am nachteiligsten auswirken. Viele Staaten werden sich wahrscheinlich in Handelsverträgen verpflichten, ihre Zollmauern organisch abzubauen. Dies wird für manchen Staat schwere Opfer bedeuten, denn zu viele Industriezweige sind künstlich mit Mitteln des Protektionismus aufgebaut und aufrechterhalten worden. Um diese ungünstigen Auswirkungen abzuschwächen, wird sich der Zollabbau auf Jahrzehnte erstrecken müssen. Hand in Hand mit diesem Zollabbau dürfte der Abschluß internationaler Kartelle gehen; die den Warenaustausch gewissermaßen organisieren. Auch in diesem Falle wird es nur langsam vorwärts gehen können, haben doch gerade die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, welche relativ engen Grenzen noch immer den Se-

Freibungen einer Kartellierung gefest sind. Beteiligten werden sich an derartigen Abereinkommen sicherlich die führenden Industriestaaten Europas, wie Deutschland, England und Frankreich, und auch die kleineren Mächte mit einem hochentwickelten Wirtschaftsgebäude, wie Belgien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz. Eines der schwierigsten Probleme wird darin liegen, die Beziehungen dieser neuen Einheit zu der außereuropäischen Welt so zu gestalten, daß es nicht zu einer Kampfstellung kommt.

Eine Fülle von Problemen liegt in diesem Projekt begründet. Viele, und nicht die schlechtesten Kenner dieser Fragen schütteln deswegen ungläubig mit dem Kopf, bringen nur dauernd ihr Wenn und Aber hervor. Wenn man jedoch immer nur die Wenn und Aber in Rechnung stellt, dann wäre nie ein zivilisatorischer Fortschritt erzielt worden, dann reisten wir heute noch in der Postkutsche. Diese Utopie der Vereinigten Staaten von Europa wird genau so Wirklichkeit werden, wie es der Völkerbund, diese Utopie von vor 1919, geworden ist. Die Verwirklichung dieses Projektes ist eine absolute Notwendigkeit, die Debatte hierüber wird die weltwirtschaftliche Debatte der kommenden Jahre beherrschen. Was schließlich aus dem Plan wird, hängt davon ab, wer auf seine Gestaltung Einfluß gewinnt.

Sollen die Vereinigten Staaten von Europa in dem Sinne, wie Macdonald angedeutet hat, weitgehend den Interessen der breiten Massen gerecht werden, dann werden sich auch die Gewerkschaften eingehend mit diesem Projekt befassen müssen. Die Gewerkschaften sind mit Stresemann der Meinung, daß zu solchen großen Problemen eine Tätigkeit gehört, die zum Bau der Ewigkeit zwar Sandkorn nur an Sandkorn reißt, doch von der großen Schuld der Zeiten, Minuten, Tage, Jahre streicht. Aber trotz allem sind wir uns dessen bewußt, daß den Gewerkschaften als wirtschaftlichen Organisationen eine Riesenarbeit obliegen wird. Die größten Schwierigkeiten liegen auf wirtschaftlichem Gebiete. Hier unermüdetlich Schutt zu beseitigen, wird eine Arbeit der Gewerkschaften sein. Das Signal ist gegeben. Nun kommt der schwierigere Teil: die Verwirklichung.

Dr. W. Stokopp (Genf).

Das Haus des Arbeiters.

Jum 6. Verhandlungstag der Demog-Revisionsvereinigung vom 6. bis 8. September 1929 in Schwerin.

Warum ist für breite Schichten unseres Volkes die Wohnungsfrage eine der brennendsten Fragen? Warum bringt sie heute die Massen auf die Beine? Weil ein verfehlter Gesellschaftszustand den arbeitenden Massen das Glück einer gesunden harmonischen Wohnung vorenthält. Der jährliche Aufschwung der organisierten Arbeiterklasse, der in die Breite der alten Gesellschaft Zelle um Zelle hineinmarst, aus denen die neue Gesellschaft freier und gleicher Menschen entstehen soll, schafft Arbeiterwohnungen, die den Werkstätten ein Heim bieten, in denen Erholung und Kultur möglich sind.

Was hat die Demog geleistet? 34 000 Neubauwohnungen seit 1924! 14 332 000 Mark als erste Hypotheken für 3617 Wohnungen! 8 681 100 Mark als Mißfahrgeld für 2712 Wohnungen! Die restlichen Wohnungen wurden durch die Tochtergesellschaften kritisch finanziert. Dieses Werk war nur möglich durch engste Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, der Arbeiterbank und der Volkshilfe. Heraus aus der Mißfahrgeld! Schafft lichte, sonnige Wohnungen! Das ist Dienst an der Menschheit im höchsten Sinne, das ist Dienst am Proletariat! Geistige und körperliche Leistungsfähigkeit des Menschen hängen im entscheidenden Maße ab von der Beschaffenheit seiner Wohnung. Grundlage aller Lebensfreude ist das häusliche Wohnglück, das nur die gesunde, lichte Wohnung vermitteln kann. Wer gesunde Wohnungen schafft, schafft gesunde freie Menschen und damit das sicherste Fundament für eine freie soziale Republik!

Landtagsabgeordneter Fuchs (Schwerin) eröffnete die Tagung mit einem herzlichen Willkommensgruß. Darauf ergriß der Verbandsvorsitzende Linnecke das Wort zu einer Begrüßungsansprache an die Behörden, Delegierten und Gäste. Für das Reichsarbeitsministerium war Herr Oberregierungsrat Durst (Berlin) erschienen, für das Volkswohlfahrtsministerium Herr Oberregierungsrat Baumgarten (Berlin), für das mecklenburgische Landtagspräsident Höcker. Die Bürgermeister mehrerer Städte haben der Einladung ebenfalls Folge geleistet, desgleichen die Leiter von Banken, Banantern und anderen mit dem Wohnungsweesen zusammenhängenden Institutionen. Alle großen Gewerkschaften und Verbände hatten ihre Vertreter delegiert. Vorherrschender Eindruck erinnerte rückschauend an den Verhandlungstag vor drei Jahren. Heute mußten wir die zehnfache Zahl an Verhandlungsteilnehmern. Ein Erfolgswort ohne Gleichen! Dabei laufen wunderbare Annäherungen ein.

Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Richard Lipinski hielt einen geschmackvollen Vortrag über Gegenwart und Zukunft des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Lipinski, einer der besten Sachkennner auf dem Gebiete des Wohnungsweesens, wußte in großen Zügen das gesamte Gebiet der modernen Wohnungspolitik. Der zweifelhafte Vortrag gipfelte in der Forderung, daß das Verprechen der Reichsverfassung mahngemacht werde, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, allen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Heimstätte zu sichern.

Der letzte Tag brachte das große Referat des Verbandsvorsitzenden Richard Linnecke über die Arbeit des Verbandes im letzten Jahr. Es wurde häufig von Unternehmern behauptet, daß der gemeinnützige Wohnungsbau nicht über die notwendigen eigenen Mittel verfüge. Das sei eine der Verleumdungen, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau gegenüber ausgesprochen werden. Am 31. Dezember 1928 verfügten die Verbandsmitglieder über eine Summe von mehr als 14 Millionen Mark eigener Mittel. Die Sparbewegung habe bei den einzelnen Gewerkschaften gute Fortschritte gemacht. In einzelnen Bauvereinigungen können im Durchschnitt 800 bis 1000 Mark Spargelder auf das einzelne Mitglied. Durch die Solidarität der einzelnen Genossen werden heute weit mehr Mittel im gemeinnützigen Wohnungsbau investiert als im privaten Wohnungsbau der Vorkriegszeit. Bei den parlamentarischen Verhandlungen über die Herabsetzung der Gemeinnützigkeit bei Bauvereinigungen werden unsere Freunde in den Parlamenten sich dafür einsetzen, daß eine Regelung zustande kommt, die die wahren Interessen des gemeinnützigen Wohnungsbaues löst. Der Ausgang der kommenden Kommunalwahlen im Deutschen Reich ist für die weitere Arbeit von außerordentlicher Bedeutung. Gelänge es der Partei, die die Sache der Demog stets zu der ihren gemacht habe, einen barockglänzenden Erfolg zu erzielen, so würde der gemeinnützige Wohnungsbau den allergrößten Nutzen davon haben. Der Reichstag ist die Funktionäre der Demog auf, schon jetzt in ihrem Wirkungskreis energisch zu die Propaganda für den Wahlkampf heranzuziehen.

Am den Bericht des Verbandssekretärs Dr. Sodien schloß sich eine eingehende Debatte, die den Appell des Verbandssekretärs nach Unterstützung bei Mißfahrgeldern und anderen Maßnahmen unterstützte. Verschiedene Vorschläge wurden gemacht, die sich zum Teil verwirklichen. Am Ende wurde die von dem Vorgesetzten des Wohnungsbaues vorgebrachten Behauptungen über mangelnde

Kontrolle und Sparsamkeit bei den Baugesellschaften als Maßregel proklamiert. Verleumdung entlarvt. Folgende Entschlebung wurde angenommen:

Die notwendige Steigerung der Neubautätigkeit ist nur möglich durch weiteren Ausbau der Hauszinssteuererhebung. Der noch immer so erschreckende Mangel an gefundenen Kleinwohnungen zwingt überdies zur Verwendung der aus der Herabsetzung der Reparationsfrage freiwerdenden Mittel für den Kleinwohnungsbau.

Infolge der dadurch eintretenden erhöhten Tätigkeit des Baugewerbes als Schlüsselindustrie wird gleichzeitig der Arbeitslosigkeit gesteuert und die Frage der Arbeitslosenversicherung mit gelöst werden.

Der wichtigste Träger des Kleinwohnungsbaugedankens sind anerkanntermaßen die gemeinnützigen Bauvereinigungen. Ihre Förderung bedeutet deshalb die wirksamste Bekämpfung der großen sozialen Übel unserer Zeit: des Arbeitslosenelends und der Wohnungsnot.

Ein Schritt zum Wirtschaftsfrieden.

Von dem englischen Handelsminister Graham war dem Völkerbund ein Antrag zugegangen, der die Völkerbundmitglieder verpflichten sollte, während der nächsten zwei Jahre keine Zollerhöhungen vorzunehmen. Dieser Antrag hat nun dahin geführt, daß im wirtschaftlichen Unterausschuß des Völkerbundes eine Vereinbarung geschaffen wurde, die einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zum europäischen Wirtschaftsfrieden bedeutet. Zwar muß diese Vereinbarung noch der Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden. Immerhin ist es zu begrüßen, daß die Beratungen des wirtschaftlichen Unterausschusses, an denen auch Dr. Brechtfeld teilnahm, zu diesem Ergebnis geführt haben.

Zu den Vereinigten Staaten von Europa ist es noch ein weiter Weg. Aber wenn es gelingt, zu einem Zollfrieden für mehrere Jahre zu kommen, wie es die neue Vereinbarung

Eine

Prämie für das Nichtstun nennen die Sozialreaktionäre die Arbeitslosenunterstützung. Wer arbeiten will, kriegt auch heute noch Arbeit, so sagen die, die täglich die hohe

Prämie

oder Dividende einheimen, die für sie ein arbeitsloses Einkommen bedeutet. Andere Menschen wollen sie aber desto mehr an die Arbeit treiben, die „uns allein retten“ kann. Aber

für

sich verzichten sie gerne auf den Segen eigener Arbeit, sie lassen sich lieber von der Arbeit anderer retten. Mit Hilfe ihres Geldes finden die kapitalistischen Gegner der Arbeitslosenunterstützung leider genug Helfer, die mit wissenschaftlichem Material

das

alles beweisen wollen, was von sozialreaktionär eingestellten Unternehmern gegen die Arbeitslosenversicherung vorgebracht wird. Die Arbeiterschaft soll durch Entzug oder Verminderung der Arbeitslosenunterstützung kirre gemacht werden, damit die Satten und Reichlichen desto ungezügelter ihrer Beschäftigung nachgehen können, nämlich dem

Nichtstun!

vorsieht, dann ist auf diesem Wege schon ein tüchtiger Schritt vorwärts getan. Wir wissen ja, daß es meißt die wirtschaftlichen Streitfragen waren, die den Ausbruch von Feindseligkeiten herbeiführten. Um nun für die Wichtigkeit eines europäischen Zoll- und Handels ein Beispiel anzuführen, erinnern wir an den Deutschen Zollverein in der Mitte des 19. Jahrhunderts, der der politischen Einigung Deutschlands voranging. So soll auch die Herbeiführung des allgemeinen Wirtschaftsfriedens eine Vorbedingung der politischen Befriedung der Welt sein. Das erste Ziel, der allgemeine Wirtschaftsfrieden, soll in drei Stappen erreicht werden, und die erste Stufe soll eben durch die Abereinkunft aller Staaten dargestellt werden, daß alle Staaten sich verpflichten, während der nächsten zwei bis drei Jahre keine Zollerhöhungen vorzunehmen. Das ist schon darum so wichtig, weil es, abgesehen von dem Interesse der einzelnen nationalen Volkswirtschaften, für die Arbeiterschaft aller Länder von ungeheurer Bedeutung ist, wenn einmal für die Dauer einiger Jahre die wichtigsten Bedarfsartikel nicht durch unnütze hohe Zölle verteuert werden. Diese Ereignisse zeigen aber auch wiederum, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß immer mehr steigert und ihn zu ihrem Interesse in die Waagschale wirft. Der einzige sichere Weg dazu ist aber die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft und die energische Beteiligung und wenn möglich die Führung in der Wirtschafts- und Staatsleitung.

Rote Woche vorbereiten!

Aur kurze Zeit trennt uns noch vom Beginn der diesjährigen Parteierbewoche, in der die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur ersten Million noch fehlenden Mitglieder gewonnen werden müssen. Es sind das einige Zehntausend. Aber wer wollte so kleinmütig sein, daran zu zweifeln, daß das gesteckte Ziel zu erreichen ist! War doch die Zeit zur Gewinnung neuer Mitglieder nie so günstig wie gerade jetzt. Jeder Tag lehrt eindringlich, daß der Zusammenbruch der sozialistisch denkenden Massen in der SPD. unerlässlich ist. Die gesamten

politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängen förmlich zu festem, organisatorischem Zusammenhalt. Dennoch wäre es falsch, zu glauben, daß es nur der Ansehung einer Werbewoche bedürfte, um das Ziel — eine Million sozialdemokratisch organisierter — mühelos zu erreichen.

Ohne Fleiß, kein Preis! Die Erfahrung lehrt, daß die politische Werbearbeit nur dann von Erfolg ist, wenn sie systematisch organisiert wird. Deshalb muß jeder Funktionär, jedes Parteimitglied darüber nachdenken, welche Mittel er in seinem Wirkungskreis anzuwenden hat, um in der Werbewoche erfolgreich für die Partei tätig zu sein.

Der Werbemethoden gibt es eine ganze Reihe. Hier sei nur eine erwähnt, weil sie allen Parteimitgliedern von vornherein die Möglichkeit der Mitwirkung gibt. Hatte schließlich jeder Genosse Umschau im Kreise derer, die ihm bekannt sind, seien es Gewerkschafter, Sportler oder was immer. Sammele jeder die Adressen derjenigen, die politisch mit uns sympathisieren, sich aber bisher scheuten, an ihrer politischen Überzeugung dadurch die Konsequenzen zu ziehen, daß sie Mitglied der SPD. wurden. Übermittele jeder umgehend die gesammelten Adressen der zuständigen Parteiorganisation, damit diese die Mitgliederwerbung mit Erfolg leiten kann.

Schnell ans Werk! Es gilt am 12. Oktober beginnt die Werbewoche! Nur rechtzeitige Vorbereitung und planmäßige Durchführung garantieren, daß das gesteckte große Ziel erreicht wird. Niemand darf sich der von ihm verlangten geringfügigen Müheverwaltung entziehen. Jeder muß mitarbeiten! Je fröhlicher diesem Rufe Folge geleistet wird, um so sicherer ist, daß wir die Werbewoche mit der starken Botenschaft schließen können: Die erste Million Parteimitglieder ist erreicht — vorwärts zur zweiten Million!

Nahrungsmittel-Industrie

„Simultanentwurf und Krankenversicherung.“ Unter diesem vielsagenden Titel bringt die „Margarine-Industrie“, das Organ des Margarine-Verbandes, in ihrer Nr. 17 einen Artikel, der sich mit dem Mißbrauch der Krankenversicherung beschäftigt. Es ist nichts Neues, daß sich Arbeitgeber-Organe gegen die sozialen Einrichtungen aussprechen oder doch Stimmung dagegen machen. Da es sich hier um das offizielle Organ einer Organisation handelt, mit der wir im Vertragsverhältnis stehen, können wir an diesem Artikel nicht achlos vorübergehen. Den Anlaß zu diesem Artikel gibt die „M.-J.“ eine Bekanntmachung einer Papierverarbeitenden Fabrik, die im „Vorwärts“ veröffentlicht und kritisiert wurde. Uns interessiert hier in erster Linie die Stellung der „Margarine-Industrie“ zu dieser Frage. Der Artikel wird folgendermaßen eingeleitet:

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich auf dem Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung erhebliche Mißstände herausgebildet haben, indem vielfach Krankheit oder Unfall simuliert wird, um in den Genuß der den wirklichen Kranken zugehörigen Vergünstigungen zu gelangen. Ein Anreiz dazu wird noch besonders gegeben, wenn in Tarifverträgen, wie sie für zahlreiche Gewerbe bestehen, dem Erkrankten für eine nach der Beschäftigungsdauer sich richtende Zeit sein Einkommen gesichert bleibt.“

Man geht hier also ohne weiteres von dem Gedanken aus, daß es Arbeiter gibt, die eine Krankheit simulieren. Selbst wenn wir zugeben, daß es Leute gibt, die sich krank melden, ohne ernsthaft krank zu sein (jeder vernünftige Arbeiter versteht das), dann kann man doch keinen Unfall simulieren. Daß aber jemand absichtlich einen Unfall herbeiführt, um in den Genuß des Krankengeldes und der tariflichen Entschädigung zu kommen, das ist eine Unterstellung, die wir für die Arbeiterschaft denn doch ganz entschieden zurückweisen müssen. Glaubt man allen Ernstes, ein Arbeiter setze seine gesunden Knochen aufs Spiel und riskiere, lebenslanglich Krüppel zu sein, nur um für eine bestimmte Zeit Krankengeld zu erhalten? Wer das glaubt, der würde so handeln, wenn er selbst Arbeiter wäre. Sonst kann er zu dieser Annahme nicht kommen. Einen besonderen Anreiz soll nun die tarifliche Bestimmung geben, die Entschädigung bei Unfall- und Krankheitsfällen vorsieht. Hier fällt uns ein alter Spruch ein: „Nachtigall, ich hör dir lausen.“ Der Artikel läuft also darauf hinaus, Stimmung gegen unseren Rahmenvertrag für die Margarineindustrie zu machen, der bei Krankheit und Unfall eine Entschädigung vorsieht.

Weiter wird dann in dem Artikel an einer anderen Stelle ausgeführt:

„Wie sehr die Krankenerziehung im argen liegt, wird jedem ersichtlich, der die Berichte der Krankenkassen selbst durchliest, besonders die Ergebnisse der durchgeführten Revisionen der gemeldeten Krankheitsfälle. Häufig findet man da erwähnt, daß schon die bloße Anordnung einer allgemeinen Nachprüfung genügt, um, wie durch eine Zauberformel, ein Drittel oder mehr aller Krankengeschichten sofort gesund werden zu lassen. Und zwar nach deren eigener Ansicht, wie daraus gefolgert werden muß, daß sich diese Krankengeschichten und Krankenerziehung beziehenden Leute umgeben wieder zur Arbeit melden. Aus der Zahl derer aber, die sich dann noch den Kontrollärzten zur Untersuchung stellen, zeigt sich ein nennenswerter Teil nach Ansicht der Ärzte als völlig gesund, und erweist sich auch bei Nachprüfung ohne weiteres die Arbeit wieder aufzunehmen. Das sind aber anhaltbare Zustände! Sie bedeuten nichts anderes, als daß eine Einrichtung, die im wahren Sinne des Wortes zur Wohlfahrt für die arbeitende Bevölkerung bestimmt ist, in betrügerischer Weise mißbraucht wird.“

Woher weiß denn die „M.-J.“, daß bei Nachprüfungen bereits ein Drittel der Kranken sofort wieder gesund werden? Irgendwelche Zahlen darüber sind nicht bekannt geworden. Es heißt in dem Artikel, man finde häufig erwähnt, daß es so sei. Von wem stammen denn diese Erwähnungen, wo befindet sich überhaupt eine Grundlage für diese Behauptung? Man nenne uns doch die Quelle, aus der man schöpft, damit nachgeprüft werden kann.

Im übrigen liegen die Dinge so, daß jeder Arbeiter, der krank geschrieben ist, eine ärztliche Bescheinigung haben muß, bevor er Krankengeld erhält. Hier wird also nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern auch gegen die untersuchenden Ärzte der Vorwurf erhoben, daß sie Leute krank schreiben.

Die nicht krank sind. Wenn nun gesagt wird, die Leute melden sich umgehend wieder zur Arbeit, wenn sie gesund geschrieben sind, so will uns scheinen, daß der Verfasser des Artikels keine Ahnung von einem Arbeiterhaushalt hat. Was bleibt denn einem gesund geschriebenen Arbeiter anders übrig, als wieder zur Arbeit zu gehen und solange zu arbeiten, bis er erneut zusammenbricht? Er hat ja weiter keine Einnahmen, als seinen Arbeitsverdienst. Wird die Zahlung des Krankengeldes eingestellt, so steht er mittellos da. Er muß schon wieder arbeiten, wenn er mit seiner Familie nicht hungern will. So liegen doch wohl die Dinge.

Jeder vernünftige Arbeiter verurteilt den Mißbrauch unserer sozialen Einrichtungen, aber wir bestreiten, daß ein Mißbrauch in solchem Umfange getrieben wird, daß so große Lücken dagegen geredet werden müssen. Zum Schluß heißt es dann in dem Artikel noch:

„An der hohen Ertragskraft, daß den Leidenden und Kranken Linderung zuteil werde, darf nicht gerüttelt werden; aber auch nur den wirklich Kranken und Leidenden. Für Simulanten und Tageelbe darf in der Krankenversicherung kein Platz sein! Keiner darf sich krank melden, der nicht auch tatsächlich krank ist und der Pflege bedarf. Andernfalls treibt er Raubbau an unserer Volkskraft und begehrt einen Beitrag, und zwar in erster Linie an seinem eigenen Werk- und Klassengenossen!“

So etwas haben wir schon öfter gelesen. Man betont ausdrücklich, man ist nicht gegen die Sozialversicherung, macht aber durch derartige Verallgemeinerungen und durch Schlagworte wie: Simulanten, Tageelbe usw. derartig gegen die Sozialversicherung Stimmung, daß sie in Mißkredit kommen muß. Was ist ja auch der Zweck der Übung. Es besteht keine Veranlassung, mit bombastischen Ausdrücken, wie „Simulanten, Tageelbe“ usw. herumzuwerfen, auch wenn wirklich einige Leute die Krankenversicherung zu Unrecht ausnutzen. Es wird auch zum Schluß noch von dem Raubbau an unserer Volkskraft gesprochen, der von diesen Simulanten und Tageelben getrieben wird. Da mußte man ja wohl die Frage aufwerfen: Wo sitzen die meisten Simulanten und Tageelbe? Wir behaupten, nicht in der Arbeiterschaft.

Dem Verfasser des Artikels in der „M.-Z.“ ist sicher bekannt, daß es eine große Anzahl Leute gibt, die in ihrem Leben nie gearbeitet haben, und auch nie arbeiten werden. Ihre Tätigkeit besteht lediglich darin, die Gewinne, die andere erarbeitet haben, einzustreichen und davon einen gemächlichen Tag zu verleben. Jeder Mensch, der in einem Staatswesen keine nützliche Arbeit leistet, lebt doch tatsächlich auf Kosten der Allgemeinheit, dabei zählen wir jeden zu den Arbeitern, der irgendwelche nützliche Arbeit, ob als Kopf- oder Handarbeiter ganz gleich, leistet. Man wird sich in Arbeitserzeugnissen schwer hüten, gegen diese „Tageelbe“, die ebenfalls Raubbau an der Allgemeinheit treiben, in der gleichen Weise loszuziehen, wie man es gegen angebliche Simulanten und Tageelbe in der Arbeiterschaft tut. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Von den Arbeitgebern hören wir dauernd Klagen, daß die Krankheits- und Unfallziffern fortgesetzt steigen. Von der Arbeiterschaft der Margarineindustrie werden uns die gleichen Klagen übermittelt, so daß diese Zahlen wohl zutreffen werden. Die Ursache hierfür liegt aber nicht daran, daß der größte Teil der Arbeiter aus Tageelben und Simulanten besteht, wie es nach dem angezogenen Artikel den Anschein haben könnte, sondern in der dauernd steigenden Intensität der Arbeit. Namentlich aus der Margarineindustrie gehen uns viele Klagen zu, daß in den Betrieben versucht wird, immer mehr aus dem Menschen herauszuholen. Der technische Ausbau und die Umorganisation der Betriebe bringen es mit sich, daß der Mensch von der Maschine zu einem immer schärferen Arbeitstempo angetrieben wird. „Tüchtige“ Vorgesetzte tun dann ein übriges, um die menschliche Arbeitskraft immer mehr anzuspannen. Wünscht die „Margarineindustrie“ derartige Klagen und Beschwerden von uns zu sehen, dann kann sie diese kühlendweise haben. Das ist des Pudels Kern.

Die Margarineindustrie beschäftigte in der Vorkriegszeit rund 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen; sie erzeugte rund 250 000 Tonnen Margarine. Die Industrie beschäftigt heute ungefähr die gleiche Arbeiterzahl, die Produktion aber ist annähernd um 100 Prozent höher als in der Vorkriegszeit. Dazu ist die Arbeitszeit um rund 20 Prozent verkürzt worden. Sicher ist diese erhöhte Arbeitsleistung zu einem großen Teil auf den technischen Fortschritt zurückzuführen. Aber aus fast allen Betrieben hören wir die Klagen darüber, daß die Anspannung der menschlichen Arbeitskraft heute eine viel intensivere ist als früher. Diese Tatsache ist in der Tagespresse wiederholt festgestellt worden. Aber all diese Dinge gehen an den Arbeitgeberzeitschriften spurlos vorüber. Sie sehen nur die steigende Kranken- und Unfallziffer sowie die Tageelbe und das Simulantenrum. Daß die Last, mit der heute gearbeitet wird, die Menschen zermüdet und sie zwingt, einmal auszuspannen, weil die Körperkräfte einfach den Dienst vertragen, all das sind Dinge, um die sich eine Redaktion der „Margarine-Industrie“ nicht zu kümmern braucht. Tatsache aber ist, daß jeder Körper bei dauernder starker Anspannung der Kräfte einmal den Dienst verläßt. Da kann man nicht von Simulanten und Tageelben reden.

Die Margarineindustrie gehört zu jenen Industriezweigen, die in letzter Zeit am stärksten rationalisiert haben. Durch die technische Umstellung und durch ein Antreibersystem, wie es namentlich in den Konzernfabriken besteht, werden Arbeitsleistungen verlangt, die über die Kraft des Durchschnittsmenschen hinausgehen. Und dann wundern man sich, wenn die Krankenziffern steigen. Ähnlich verhält es sich auch mit den Unfällen. Die dauernde technische Umstellung bringt immer wieder neue Maschinen in den Betrieb, mit denen die Arbeiterschaft erst vertraut werden muß. Jeder erfahrene Mensch aber weiß, daß neue Maschinen neue Gefahren mit sich bringen. Alle diese Dinge werden vom dem Verfasser des Artikels übersehen. Und dann noch eins:

Die Arbeitgeber drängen auf Abbau der Arbeitslosenunterstützung, und sie rechnen dabei mit einer ständigen Arbeitslosenzahl von weit über einer Million. Diese Arbeitskräfte liegen brach, weil sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind. Dagegen werden die in der Industrie tätigen Arbeitskräfte übermäßig angepannt, so daß ihre Körperkräfte über kurz oder lang verfallen. Das ist ein ungeheurer Zustand. Will also die „Margarine-Industrie“ mit uns darüber

einreden, daß die Krankheits- und Unfallziffer herabgemindert wird, dann mag sie dafür sorgen, daß die Arbeitszeit überall dem technischen Fortschritt angepaßt wird. Wir können dann viele Millionen für die Arbeitslosenunterstützung ersparen. Die Körperkräfte des einzelnen brauchen nicht über Gebühr angepannt zu werden und der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft wird insgesamt gehoben. Das ist der einzige Ausweg.

E. Senkfeil

Verschiedene Industrien

An Auslandsmärkte für künstliche Blumen.

Die hauptsächlichsten Auslandsmärkte für die deutsche Kunstblumenindustrie liegen in Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, den Ländern des Australischen Bundes, der Schweiz, Schweden, Dänemark und Kanada. Die Märkte der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens verdienen allerdings die von der deutschen Kunstblumenindustrie eingekauften Waren zum Teil weiter. Das geht übrigens aus einem Bericht hervor, der am 22. April d. J. in den in Washington erscheinenden amtlichen „Commerce Reports“ veröffentlicht wurde und von der Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration“ übernommen ist. Der Veröffentlichung liegen Berichte der amerikanischen Handelsattachés zugrunde. Es wird dort einleitend gesagt:

„Die süd- und zentralamerikanischen Länder benutzen künstliche Blumen in ausgedehntem Maße zur Herstellung von Trauerkränzen, ferner für Kirchen-, Theater- und Zimmer schmück, schließlich auch für Puzzwerke. In europäischen Ländern ist letztere Verwendung dominierend.“

Süd- und zentralamerikanische Länder sind in der deutschen Ausfuhrstatistik für künstliche Blumen nicht aufgeführt. Sie werden von USA-Märkten sowie auch durch Märkte Großbritanniens bedient, zum Teil auch durch französische. Über die einzelnen Länder wird sinngemäß berichtet:

Argentinien: Frische Blumen sind sehr teuer geworden. Es besteht deshalb ein gutes Absatzgebiet für künstliche Blumen. Deutschland und Frankreich sind Lieferanten für die Einfuhr. Es gibt aber auch eine beachtenswerte heimische Fabrikation.

Brasilien: Der Bedarf an künstlichen Blumen wird in der Hauptsache durch Frankreich und andere europäische Länder gedeckt. Columbia: Es ist eine einheimische Kunstblumenindustrie vorhanden. Der größere Teil des Konsums wird aber durch Einfuhr aus Frankreich und Deutschland gedeckt.

Ecuador: Es besteht eine einheimische Industrie, in welcher ausnahmslos Frauen beschäftigt werden. Die hergestellten Produkte sind gewöhnlich minderwertiger Qualität. Deutschland und Frankreich liefern in der Hauptsache künstliche Blumen und Federn aus Seide, Samt, Stoff, Schifon, Filz, Muscheln und Papier.

Peru: Die Hälfte des Bedarfs von künstlichen Blumen wird durch eigene einheimische Arbeitskräfte hergestellt; die übrige Menge wird aus Deutschland eingeführt.

Guatemala: Eine eigene Industrie besteht nicht. Der Bedarf an Kunstblumen wird aus europäischen Ländern gedeckt. Österreich und Frankreich sind dabei führend.

Haiti: Die einheimische Kunstblumenindustrie tritt nur in sehr beschränktem Maße auf. Es sind hauptsächlich geringe Qualitäten, die hergestellt werden. Die Einfuhr wird in der Hauptsache aus Frankreich gedeckt.

Kanada: Es besteht eine erhebliche heimische Industrie, jedoch kann diese den Verbrauch an künstlichen Blumen, der recht ausgedehnt ist, nicht decken. Der Konsum wird im übrigen durch Einfuhr von Produkten aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Frankreich und Großbritannien gedeckt.

Australien: Eine einheimische Kunstblumenindustrie besteht nicht. Der Konsum wird ausnahmslos durch Einfuhr gedeckt. Die Führung bei der Einfuhr hat Großbritannien. Ihm folgen Frankreich und Deutschland, letzteres in immer steigendem Ausmaß. Die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligen sich nur geringfügig an der Einfuhr.

Neuseeland: Da eine eigene Kunstblumenindustrie nicht besteht, wird der Bedarf völlig durch Import gedeckt. Als Hauptlieferanten kommen in Frage Frankreich und England.

Dänemark: Der gesamte Bedarf wird durch Einfuhr gedeckt. Als Einfuhrländer kommen in der Hauptsache in Frage: Deutschland, Frankreich und Österreich.

Schweden: Es besteht eine einheimische Kunstblumenindustrie. Festgestellt sind 11 Fabriken mit 100 Arbeitern. Die Produktion soll etwa 160 800 Dollar jährlich betragen. In der Hauptsache werden Blumen für Hut-, Puz-, Kleidschmuck und Innendekoration hergestellt. Deutschland, Frankreich und die Schweiz bieten billigere Produkte an. Die einheimische Industrie kann sich deshalb nur schwer behaupten.

Finnland: Eine einheimische Industrie ist nicht festgestellt. Der Konsum wird durch Import gedeckt. 1928 wurden künstliche Blumen, Früchte und Pflanzen im Werte von 1212 Pfund eingeführt. Davon beteiligten sich Deutschland mit 60 Prozent, Frankreich mit 21 Prozent und Dänemark mit 13 Prozent.

Ungarn: Künstliche Blumen werden überall reichlich verbraucht, hauptsächlich für Puzzwerke. Die Einfuhr kommt aus Deutschland und Frankreich. Eine einheimische Industrie besteht nicht.

Schweiz: Die einheimische Blumenfabrikation ist gegenwärtig erheblich größer als vor dem Weltkriege. Der Verbrauch von Kunstblumen ist sehr groß. Soweit Kunstblumen eingeführt werden, tritt Deutschland als Lieferant auf.

Ungarn: Der gesamte Konsum wird durch Einfuhr gedeckt. In der Einfuhr beteiligen sich Österreich, die Tschechoslowakei und Deutschland. Es werden jährlich für rund 75 000 Dollar Kunstblumen eingeführt.

Griechenland: Es besteht eine umfangreiche Blumenfabrikation. Trotzdem kann der Konsum durch diese einheimische Fabrikation nicht gedeckt werden.

Türkei: Der Konsum wird durch Einfuhr gedeckt. An der Einfuhr beteiligen sich in erster Linie Frankreich, Österreich und Deutschland. Die Industrien dieser drei Staaten liefern 75 Prozent aller in der Türkei verbrauchten Kunstblumen jährlich ein. Der Rest der Einfuhr wird durch die übrigen europäischen Kunstblumenindustrien gedeckt.

Der Bericht der „Commerce Reports“ läßt sehr scharf erkennen, daß die deutsche Kunstblumenindustrie in süd- und zentralamerikanischen Ländern recht wenig Absatzgebiete beherrscht. Um so mehr steht aber fest, daß die eingangs erwähnten Länder, also Großbritannien, die USA, die Schweiz, Schweden und Dänemark, Kanada und zum Teil auch die Länder des Australischen Bundes, sehr gute Abnehmer für die deutschen Kunstblumenprodukte sind.

S. Eislein

Die deutsche Spielwarenindustrie auf der Weltausstellung in Barcelona.

An der Weltausstellung in Barcelona, die am 19. Mai d. J. eröffnet wurde und bis Ende Dezember d. J. dauert, ist auch die deutsche Spielwarenindustrie beteiligt. Die Beteiligung kann nicht darauf Anspruch erheben, daß durch sie ein Spiegelbild der gesamten deutschen Spielwarenindustrie gegeben werde. Nur wenige

Spielwarentypen sind beteiligt. Das geht aus der Beteiligung der einzelnen Gruppen hervor.

Es sind vertreten in kleinem Umfange ergebungsreiche Spielwaren von den Firmen Wendt u. Kühn und Siefert, Metallspielwaren von der Firma Märklin und Stofftiere von der Firma Margarethe Steiff. Baukästen hat die Firma Richter (Mudschaff) ausgestellt und Puppen die Firma Käthe Kruse. Die Thüringer und Nürnberger Spielwarenindustrie ist im allgemeinen nicht beteiligt. Damit steht fest, daß die Hauptgruppen davon Abstand genommen haben, sich an der Weltausstellung zu beteiligen.

Seit der Weltausstellung in Wien 1873 war die deutsche Spielwarenindustrie auf allen darauffolgenden Weltausstellungen umfangreich vertreten. Daß das in Barcelona nicht der Fall ist, wird mit zu hohen Kosten und dem sehr hohen Einfuhrzoll nach Spanien begründet. In welchem Ausmaß die ausländische Spielwarenindustrie in Barcelona vertreten ist, ist noch nicht bekannt geworden.

S. Eislein

Jugendbewegung.

Von der Menschenkenntnis.

Es gibt unter den Menschen geborene Arbeitstiere. Sie sind dem Unternehmer schon dankbar, wenn sie nur arbeiten dürfen, ganz gleich, für welches Entgelt. Das sind für gewöhnlich Menschen, die ihr ganzes persönliches Glend in der Arbeit vergessen wollen. Das ist gewiß ein guter Zug, aber ein schwerer Fehler, dabei seine Menschenwürde zu vergessen! Wenn man so richtig in die Treitmühle des Alltags eingesperrt ist, und in einem lichten Augenblick die graue Wirklichkeit, ihre ganze unermeßliche Tiefe ... sich sieht, dann ist es Zeit, bei sich selbst Einkehr zu halten.

Du erkennst in solchem Augenblick zunächst, daß Leute neben dir weilen, die leichter ihr Brot verdienen; für gewöhnlich auch noch schneller. Du bist dir klar darüber, daß du in irgendeinem dunklen Moment in bezug auf Arbeit und Lohn richtig überfordert wurdest. Leise, aber eindringlich meldest sich eine Stimme in deinem Innern: Warum wirst du gerade ausgenutzt, der du doch willig arbeitest und mehr schaffst als all die anderen? —

Weil du keine Menschenkenntnis besitzt! Es bedeutet jedoch schon einen großen Vorteil für dich, wenn du überhaupt erst einmal anfängst, über deine mißliche Lebenslage nachzudenken. Wieviele Leute leben in ähnlichen Verhältnissen, und wagen aus eigener Scheu nicht, sich ihr Glend selbst vor Augen zu halten.

Mit Worten des Gleichmuts versuchen sie, ihr Glend selbst abzuschwächen: Ach was, gar nicht erst darüber nachdenken, es kann ja doch nichts geändert werden.

Und doch kann geändert werden! Sehr viel kannst du dazu beitragen, daß dir dein Leben leichter wird! Wie fürchtst du diese Leute, die denkfaul sind, und sich lieber körperlich quälen wie ein Tier, um nur nicht über eigenes Glend nachdenken zu müssen. Wissen sie doch nicht, daß sie gerade durch ein beständliches Vergewöhnung ihrer mißlichen Stellung zu einer ganz anderen, wunderbaren Anschauung kommen.

Gönne dir eine stille Feierstunde. Draußen, bei der Allmächtigen Natur ist der rechte Platz, um darüber nachzudenken, was du bisher von deinem Leben hastest, und was du haben müßtest, wenn all die Versprechungen Wahrheit gewesen wären, mit denen man dich zu billiger Arbeit lockte. Nun wird dir mit einemmal klar, daß diese schönen Worte leere Redensarten waren, und du empfindest es bitter, dich geküßt zu sehen. Du wirst dir Mühe geben, deinen Mitmenschen, und wenn er auch noch so hoch über dir steht, besser zu beobachten.

Mitunter kann ein Mensch mit einem einzigen Blick, wenn er sich unbeeobachtet glaubt, sein Innerstes verraten; Geheimnisse offenbaren, die er niemals aussprechen würde. Gesicht, Augen, Benehmen, Handbewegungen, Gang, Tonfall der Sprache — das alles sind geheime Zeichen, aus denen jeder, der sie lesen kann, den Charakter und die Seelenverfassung des Menschen zu deuten weiß. Gewöhne dich daran, deine Mitmenschen auf diese Weise zu beobachten. Beim Vortragen einer Bitte oder einer Forderung denke nicht nur an deine Worte, sondern gib auch darauf acht, welchen Eindruck sie machen. Welche dem Blick deines Mitmenschen nicht verlegen aus, sieh nicht demütig zu Boden, sondern blicke ihm selbst fest ins Auge. Du wirst staunend erkennen müssen, wieviel du mit einem Schlage an Macht gewonnen hast. Flüsterer oder Stammler nicht deine Wünsche hervor, sondern sprich kurz und klar, was du willst. Es kommt weniger darauf an, was du sprichst, sondern in den meisten Fällen, wie du sprichst.

Eigenmächtige, selbstfüchtige Unternehmer sind gewohnt, ihre Arbeiter und Angestellten nur in geduckter Haltung zu sehen, und sind selbst schon geschlagen, wenn einer von ihnen nur wagt, ihnen offen und ehrlich entgegenzutreten. — Was ein Mensch unwillkürlich tut, wie er sich gibt, zeigt mehr von seinem Wesen, als eine lange, wohlüberlegte Unterhaltung. Der Blick sagt oft das Gegenteil von dem, was die Zunge spricht. Während der Mensch dich mit Worten zu täuschen versucht, verraten seine Augen die Wahrheit.

Wenn du dich nicht an deinem richtigen Platze fühlst, und glaubst, an anderer Stelle besser schaffen zu können, begnüge dich nicht damit, wo du von deinem Vorgesetzten hingestellt wurdest. Mache ihm furchtlos ohne Scheu klar, daß du an einer anderen Stelle produktiver sein könntest. Jeder kennt leitende Männer in großen Betrieben, die nicht vorwärts kommen, weil sie eben nicht verstehen, den richtigen Mann an den rechten Platz zu stellen. Sie lassen sich durch gewandtes Reden bluffen und durch den äußeren Schein von fremden Menschen irreführen. Sie glauben nur Großsprechern, und wissen das stille Talent nicht zu finden. Traurig für jeden freibeweglichen Menschen, der solchem Arbeitgeber unterstellt ist. Immer wieder kommen Menschen in Armut und Unglück, weil sie keine Menschenkenntnis besitzen. Wenn du Aufmerksamkeit von Falschheit unterscheiden kannst, wenn du den wahren Wert des Menschen schnell durchschaust, wenn du durch alle schönen Worte doch den echten Kern hörst, so besitzt du eine Gabe, die weit mehr wert ist, als die besten Fachkenntnisse ohne diese Fähigkeit!

Nun darf man Fehler und Eigenarten, die man bei einem Menschen unter besonderen Umständen kennen gelernt hat, nicht ohne weiteres auf alle anderen Menschen übertragen. Jeder Mensch ist im Grunde seiner Seele anders, und jeder Mensch gibt sich auch anders. Mit den besten Vorsätzen, ein

guter Menschenkenner zu werden, könnst du aber leicht fehlgehen, und in dir selbst, ohne daß du es merkst, ein großes Mißtrauen heranbilden, welches dich aber noch weit mehr schädigt, als die Unfähigkeit, deine Mitmenschen zu beurteilen.

Arbeiterschus und Arbeiterversicherung.

Gewerbeaufsicht wie sie sein soll!

Einer Berliner Firma, in welcher in hygienischer Beziehung nicht gerade idyllische Zustände herrschen, ging von einem Berliner Gewerbeaufsichtsamte nachstehendes Schreiben zu, welches wir im allgemeinen Interesse hier abdrucken zur Nachahmung für andere Gewerbeaufsichtsamter.

Aus leicht erklärlichen Gründen bringen wir weder den Namen der Firma noch des Gewerbeaufsichtsamtes.

„Bei der Besichtigung Ihres Betriebes am ... fand ich folgendes zu erinnern:

- 1. Den Arbeiterinnen in der Presserei und Wickerei sind kostenlos dicht schließende Kopfbedeckungen und geschlossene Arbeitskleidung zur Verfügung zu stellen, die sie während der Arbeitszeit zu tragen haben.
2. In der Löterei ist eine mechanisch betriebene, wirklame Raum-entlüftung herzurichten, und zwar sind über den einzelnen Arbeitstischen in deren Längsrichtung anreichend weite Sauge-rohre mit Schlägen auf ihrer Unterseite anzubringen.
3. Aber den Paraffin-Schmelzkefeln der Kappmaschinen sind wirksame, mechanisch betriebene Abzugseinrichtungen so anzubringen, daß ein Austritt von Paraffindämpfen in den Arbeitsraum mit Sicherheit verhindert wird.
4. Garderoberräume, insbesondere die in ihnen befindlichen Wappvorräte dürfen nicht zu Betriebszwecken verwendet werden.
5. Rechtzeitig vor Beginn der nächsten Heizperiode sind die Rauchabzüge sämtlicher in Betriebe vorhandenen eisernen Öfen so instandzusetzen, daß Rauch oder Kohlendampf keinesfalls in den Arbeitsraum eintreten können.
6. Außer einer ausreichenden allgemeinen Raumbelichtung sind die einzelnen Arbeitsplatz durch blendungsfreie Plackleuchten (Tiefstrahler) zu beleuchten.

Ich weise ergebenst nachdrücklich darauf hin, daß die unter Ziffer 1 bezeichnete Anordnung Ihnen bereits durch Schreiben vom ... mitgeteilt worden ist, ohne bisher von Ihnen befolgt worden zu sein.

Eine weitere Verzögerung der Erledigung kann nun nicht mehr gebildet werden, und ich würde mich im Falle fernerer Nichterfüllung zu meinem Bedauern genötigt sehen, das polizeiliche Zwangsverfahren auf Grund von § 129 d der Reichsgewerbeordnung gegen Sie einzuleiten.

Ich erlaube mir hiermit darauf hinzuweisen, daß fast sämtliche der in Ihrem Betriebe den Arbeiterinnen zur Benutzung angebotenen Sitzgelegenheiten infolgedessen unweckmäßig sind, als sie nicht der Höhe nach verstellbar sind und ihnen eine gleichfalls der Höhe nach verstellbare Rückenlehne fehlt.

Ich ersuche Sie, diesem Abstände durch Beschaffung geeigneter Sitzgelegenheiten abzuhelfen und verweise zwecks Inaugenscheinnahme solcher auf das Deutsche Arbeitsschutzgesetz, Charlottenburg, Frauenhoferstraße.

Ich würde damit einverstanden sein, daß Sie zunächst vorläufigweise einzelne Stühle für die verschiedenen Abteilungen beschaffen, um die für Ihren Betrieb geeigneten Ausführungsformen zu erproben. Ich würde alsdann bereit sein, Ihnen für die Umänderung sämtlicher übrigen Sitzgelegenheiten eine Frist von 6 Monaten zu gewähren.

Einer geistl. Mitteilung über das von Ihnen Veranlaßte sehe ich innerhalb 4 Wochen ergebenst entgegen.

Die am genannten Besichtigungstermine im übrigen als erforderlich beizubehaltenen Maßnahmen hinsichtlich der Feuer-sicherheit Ihres Betriebes werden Ihnen demnächst durch den Herrn Polizeipräsidenten (Abt. I) bzw. durch Vermittlung der städtischen Wappolizei mitgeteilt werden.

(Unterschrift)

Trotz Anordnung denkt die Firma nicht daran, etwas zu unternehmen, denn erstens kostet es Geld und zweitens, wozu Geld ausgeben, wenn es nur im Interesse der Arbeiterschaft liegen soll. Eine solche Vorkommenheit verdient wirklich keine Rücksicht.

Internationale Arbeiterbewegung.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Der diesjährige Kongreß der englischen Gewerkschaften, der vom 2. bis 7. September in Belfast (Irland) lagte, zeigte die endgültige Konsolidierung der durch die bekannten Wand-Larner-Beschwerden eingeleiteten neuen englischen Gewerkschaftspolitik. Wenn es von dem Anstehen-Gewerkschaften, der vor einigen Jahren einen Teil der englischen Gewerkschaftsbewegung beherrschte, noch etwas zu hören gab, so wurde es bis zu diesem und auf diesem Kongreß gründlich liquidiert.

Die Entlassung des Kongreßpräsidenten Ben Tillet bezeugte die Wand-Larner-Konferenzen (die zentralen Verhandlungen der englischen Gewerkschaften mit zwei großen Unternehmerverbänden) als einen Fortschritt von großer Bedeutung für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik. Es wurde darauf hingewiesen, welche große Aufgabe den Gewerkschaften zuzufallen bei der Geschlossenheit der englischen Wirtschaft gegenüber dem Krisis der westlichen Welt, der heute die größte Finanzmacht der Welt ist.

Der Rationalisierung, so sagte der Kongreßpräsident, können nicht Widerstand geleistet werden. Vielmehr sei darauf zu sehen, daß ihre Ergebnisse den Arbeitern zum Wohle gereichen.

Auch zur Lösung des Arbeitslosenproblems können die Schließungen der Wand-Larner-Beschwerden beitragen. Ein Reichs-Gewerkschaftsausschuß müsse errichtet werden, in dem Regierung, Kapital und Arbeit vertreten sind und dessen Zuständigkeit sich auch auf Fragen der Finanz, des Bank- und Kreditwesens sowie der hauptsächlich hohen Profite erstreckt. In Frankreich wie in

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang August 1929.

Die Arbeitslosenstatistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung weist für den Monat August eine Steigerung der Zahl der unterfügten Arbeitslosen aus. Daß diese Steigerung bereits im August erfolgt, in einem Monat, der erfahrungsgemäß bei einigermaßen guter Wirtschaftslage eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bringt, ist kein gutes Zeichen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Herbst- und Wintermonaten. Wie sich die Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitslosenversicherung gestaltet hat, zeigt folgende Übersicht:

Table with 4 columns: Date, unterfügten Erwerbslosen, Zahl der Krisen-unterfügten, Insgesamt. Rows include dates from 30. Dezember 1928 to 31. August 1929.

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist aber bekanntlich weit größer. Allein nach der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise überstieg die Zahl der Arbeitsuchenden Ende Juli die von der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützten Erwerbslosen um zirka 600 000.

Table titled 'Von je 100 Mitgliedern' with columns for 'waren arbeitslos' and 'arbeiteten verfürt' for 'Ende Juli 1929' and 'Ende August 1929'. Sub-headers include 'männl.', 'weibl.', and 'insgef.'.

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industrien gestiegen. Wenn die Verhältniszahlen in der Glasindustrie einen Rückgang gegenüber dem Vormonat aufweisen, so dürfte dieses vielmehr auf das Nichtberichten einer größeren Zahlstelle, die im Vormonat eine besonders hohe Arbeitslosenzahl nachwies, zurückzuführen sein, als auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades.

Deutschland habe man mit einem solchen Wirtschaftskat gute Erfolge erzielt.

Von der jetzigen Arbeiterregierung erwartet Tillet die Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich des Gewerkschaftsgesetzes von 1927, des Achtstundentages für den Bergbau und des Washingtoner Übereinkommens; ebenso erhofft er Beseitigung der Mißverständnisse und Schwierigkeiten, welche die Wiederaufnahme der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen mit Rußland bisher verzögert haben.

Etwas heftiger war die Aussprache über den Teil des Berichtes, der sich mit der kommunistischen Spaltungsbewegung befaßte. Der Schneider- und Bekleidungsarbeiterverband forderte eine Entschlieung gegen die Bildung neuer Gewerkschaften, die auch angenommen wurde. Diese Entschlieung unterstützte bezeichnenderweise Cook im Namen des Bergarbeiterverbandes.

Cook forderte, unterstützt von Herbert Smith, dem Präsidenten des Bergarbeiterverbandes, in einer Entschlieung die Einsetzung einer Kommission zur Reorganisation der englischen Gewerkschaften. Während die Unternehmer sich enger zusammenschließen, hätten die Gewerkschaften im Jahre 1929 die Bildung von sechs neuen Verbänden und den Verlust von 200 000 Mitgliedern zu verzeichnen.

Mit sehr großer Mehrheit wurde die Sanierung der einzigen Tageszeitung der englischen Arbeiterbewegung, des „Daily Herald“, durch den Gewerkschaftsbund beschlossen.

Von ausländischen Organisationen waren die American Federation of Labor, der Canadian Trades and Labour Congress und die indischen Gewerkschaften vertreten, sowie der Internationale Gewerkschaftsbund durch Callenbach. Der IGB-Vertreter begrüßte die Entscheidung der neuen Arbeiterregierung und hoffte, daß man das Abkommen von Washington ratifiziert werde, während der Delegierte aus Indien die Erwartungen seines Landes auf die Arbeiterregierung zum Ausdruck brachte.

Außer den schon genannten Entschlieungen wurden eine Reihe weiterer Resolutionen angenommen. Die eine fordert die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung auf die Heimarbeit und die Beseitigung aller einschränkenden Bestimmungen betr. die Anzeigepflicht der staatlichen Arbeitslosengelder durch die Gewerkschaften. Eine andere bezieht sich auf die privaten Versicherungen gegenüberstellen sollen. Ferner wurde eine Arbeitszeitgesetzgebung über das Washingtoner Abkommen hinaus gefordert, welche auch für das Personal in Handel und Landwirtschaft die fällige Höchstwoche vorsieht sowie die Einführung bezahlter Ferien.

Von der Regierung wurde die Einleitung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland zur Behebung der Arbeitslosigkeit verlangt, ebenso Maßnahmen zur Beseitigung der als „Clams“ bekannten verwehrtsten Proletariatsiertel.

Sodann wurde der Generalkrat angefordert, Schritte zur Beseitigung des Gewerkschaftsgesetzes von 1927 zu unternehmen. Der Präsident teilte mit, daß die Fraktion der Arbeiterpartei ihm bereits die Forderung gemacht habe, diese Frage prompt und gründlich zu behandeln.

Zur Frage der Rationalisierung wurde eine Entschlieung im Sinne der Rede des Präsidenten gefaßt mit dem Inhalt, daß Arbeiter in rationalisierten Betrieben so lange weiterbeschäftigt werden müssen, bis andere Arbeit für sie zur Verfügung ist.

gestiegen. Die Güterproduktion dagegen ist gegenüber dem Vorjahre ganz beträchtlich höher, wie die Statistik der Wogenstellung der Reichsbahn und die monatlich veröffentlichten Produktionszahlen wichtiger Rohstoffe, wie Eisen, Stahl, und der gesteigerte Verbrauch an elektrischer Energie ausweisen.

Die Arbeitslosenstatistik des Fabrikarbeiterverbandes weist ebenfalls eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades der Mitglieder nach. Besonders bemerkenswert ist hierbei die Steigerung der Kurzarbeiterzahlen, die als Vorzeichen für eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gedeutet werden muß. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Arbeitslosigkeit um 1,7 v. H.; die Kurzarbeit um 2,2 v. H. höher. Wenn auch die allgemeine Arbeitsmarktlage keinen Krisencharakter trägt, so doch den der schleichenden Depression.

Von unserer Arbeitslosenstatistik wurden 450 857 Mitglieder erfaßt, oder 94 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. 60 Zahlstellen mit zirka 32 000 Mitgliedern fielen in der Berichterstattung aus. Die Berichtskarten gingen entweder gar nicht, oder verspätet ein. (Die große Zahl der Mitglieder, über die nicht berichtet wurde, ist eine Mahnung an die sämtigen Zahlstellen, für eine bessere und pünktlichere Berichterstattung Sorge zu tragen.) Von den durch die Statistik erfaßten Mitgliedern waren insgesamt 36 118 oder 8 v. H. arbeitslos und 24 565 oder 5,4 v. H. arbeitslos verkürzt. Anfang August waren es 7,6 v. H. Arbeitslose und 4,4 v. H. Kurzarbeiter. Während die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes in der gleichen Zeit des Vorjahres 93,7 betrug, steht sie in diesem Jahre auf 90,2.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrie-gruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Table titled 'Von je 100 Mitgliedern' with columns for 'waren arbeitslos' and 'arbeiteten verfürt' for 'Ende Juli 1929' and 'Ende August 1929'. Sub-headers include 'männl.', 'weibl.', and 'insgef.'.

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industrien gestiegen. Wenn die Verhältniszahlen in der Glasindustrie einen Rückgang gegenüber dem Vormonat aufweisen, so dürfte dieses vielmehr auf das Nichtberichten einer größeren Zahlstelle, die im Vormonat eine besonders hohe Arbeitslosenzahl nachwies, zurückzuführen sein, als auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades. Unter dem Gesamtdurchschnitt bleiben die chemische und die Papier-erzeugungswirtschaft und die Gruppe Grobkeramik. In der Papier-erzeugungswirtschaft scheint der günstige Beschäftigungsgrad einer steigenden Verschlechterung Platz zu machen. In der Gruppe Grobkeramik und Baustoffe steht in diesem Jahre die Steigerung der Arbeitslosigkeit recht frühzeitig ein. In Ostpreußen war schon im Hochsommer fast der fünfte Teil der Ziegelerarbeiter arbeitslos.

Die schlechteste Arbeitsmarktlage weisen die Bezirke Hessen und Hessen-Nassau mit 11,8 und Ostpreußen mit 11,3 v. H. auf. Im Bezirk Hessen-Nassau ist die Arbeitslosigkeit besonders groß in der chemischen und in der Raffinerieindustrie und auch in der Gruppe Grobkeramik, in Ostpreußen in der Ziegelindustrie. Die günstigste Arbeitsmarktlage hat der Bezirk Württemberg mit 3,4 v. H. Der Ausgleich wird hier aber geschaffen durch eine verhältnismäßig hohe Kurzarbeiterzahl. In allen übrigen Bezirken liegt die Arbeitslosigkeit zum Teil unter, zum Teil über dem Durchschnitt.

Spaltung, Spaltung, Spaltung usw.

„Der Arbeiter“ Nr. 35 vom 10. September 1929, das Organ der kommunistischen Gewerkschaften (Redakteur Joseph Hais, der Spalter der freien Gewerkschaften) der Tschekoslowakei, schreibt:

Spaltung der roten Gewerkschaften in Frankreich.

Der Stalin-Lozowski-Kurs führt in allen Ländern zur Spaltung der kommunistischen Parteien und der roten Gewerkschaften. Jetzt ist Frankreich an der Reihe. Wie die Blätter melden, wurden 5 an führender Stelle in der französischen roten Gewerkschaftsbewegung stehende Genossen ausgeschlossen, und zwar der Sekretär der Gewerkschaft des Nahrungsmittelgewerbes, der Sekretär der Gewerkschaft der Gasarbeiter, ein Vorstandsmitglied derselben Gewerkschaft, zwei Vorstandsmitglieder des Bäcker- und Transportarbeiterverbandes.

Diese Vorgänge in der französischen Gewerkschaftsbewegung zeigen, daß der Kurs, den Lozowski steuert, nicht nur in der CGR zur Spaltung des IWB geführt hat, sondern daß dieser Kurs überall ein ähnliches Ergebnis herbeiführt. Ein Spalter nennt den anderen Spalter. Spalten ist Lebenszweck der kommunistischen Partei in allen Ländern. Wenn es ihr noch nicht gelungen ist, die Arbeiterbewegung zu zertrümmern, so ist das ein Beweis, daß die Arbeiterbewegung geistig hoch steht. Nur Urteilsunfähige, Abenteurer und Psychopaten sind in dieser sogenannten Partei vorhanden.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zehnstellige Waldenburg i. Schl.: Paul Herda, Buch-Nr. S II 19 386, und auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zehnstellige Berlin: Oswald M e m s, Buch-Nr. S II 758 767.

Schönningen.

Vom Montag, den 23. September 1929 an befindet sich unser Büro in der Weinbergstraße Nr. 13. Bürostunden: Montag Dienstag, Donnerstag, Freitag (vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr); Mittwoch und Sonnabend (vormittags von 9 bis 12 Uhr. Unterstützungsauszahlung Freitag und Sonnabends. [4.—Mk.]

Literarisches.

„Revolution“ und „Wie wieder Krieg“ beistellt sich Heft 9 von „Fest der Arbeiter“, Verlag E. Altendorfer, Waldenburg-Altmüller i. Schl., Steigerweg 23 (Preis 1 Mk.). Der feste Schritt der Massen durch Kampf zu besserer Zukunft, Abscheu der Strafen und Mütter, wie jedes Sozialisten vor den Grausamkeiten und der Unwürde des Krieges sprechen aus diesem Heft. Für die Feiern anlässlich des Revolutions- und Volksstaunertages bietet das Heft auf 48 Seiten eine gut ausgewählte Zusammenstellung reichhaltiges, feines Material, dessen Wirkung sich niemand entziehen kann.

Chemische Industrie

Schweres Explosionsunglück.

Am 13. September 1929 ereignete sich in dem Foerderwerk der Hegener Dynamitfabrik in Köln ein schweres Explosionsunglück. Diese Fabrik unterhält in Foerde bei Brevenbrück auch ein Vllager, in dem durch das Offenlassen eines Vllahnes eine furchtbare Explosion erfolgte. Das Gebäude der Dynamitfabrik wurde vollkommen in die Luft gesprengt. Unter den Trümmern fand man später fünf entsetzlich verstümmelte Leichen. Die Toten waren ein Chemiker, ein Ingenieur, ein Werkmeister und zwei Arbeiter.

Dieses Unglück wird die Stilllegung des gesamten Betriebes zur Folge haben. Von der Stilllegung, die sich wahrscheinlich auf einige Wochen erstrecken wird, werden ungefähr 100 Arbeiter betroffen. Dies Ereignis zeigt wieder einmal mit furchtbarer Deutlichkeit, von wieviel Gefahren die Arbeiter in der chemischen Industrie bedroht werden.

Eine Konferenz der Betriebsräte des Continental-Trucks,

lagte am 8. September in Frankfurt a. M., mit der Tagesordnung:

1. Die wirtschaftliche Wirkung des Zusammenschlusses in der Reifenindustrie. Ref.: Kollege Parfisch (Hannover).
2. Die Bedeutung der Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Ref.: Kollege Haupt (Hannover).
3. Allgemeine Aussprache.

An dieser Konferenz, die sich aus Vertretern des Hauptvorstandes, Gauleitern der Gawe 1, 8 und 13, je einem Angestellten der Zahlstellen Hannover, Frankfurt a. M. und Waltershausen und den Betriebsräten aus den Betrieben Continental (Hannover und Seelze), Excelsior (Hannover), Peters-Union (Frankfurt a. M.) und Corbach, Liga-Werke (Frankfurt am Main), den Titan-Werken (Waltershausen) und 4 Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammensetzte, nahmen 25 Kollegen teil.

Der Kollege Parfisch (Hannover) führte zum 1. Punkt der Tagesordnung ungefähr aus:

„Die Gummiindustrie hat sich in den letzten Jahren rasch entwickelt. Sie ist aufs engste mit den Gewerbezweigen des Kraftwagenbaues und der elektro-technischen Industrie verbunden. Im Jahre 1925 waren in der Gummiindustrie in Deutschland ungefähr 1330 Betriebe mit 68 000 Beschäftigten vorhanden mit einem Betriebsvermögen von 230 Millionen Mark. Ende Oktober 1927 waren 52 Aktiengesellschaften mit 109 Millionen Mark Aktienkapital vorhanden. In Kongressen waren 6 Aktiengesellschaften mit 45 Millionen Mark Aktienkapital zusammengeschlossen. In der Bereifungsindustrie gibt es rund 477 Betriebe mit 24 034 Beschäftigten. Der Lohnanteil betrug im Jahre 1925 83 Prozent, im Jahre 1928 aber nur 8,07 Prozent. Er dürfte sich in den letzten Jahren noch vermindert haben, weil festgestellt ist, daß von Jahr zu Jahr in der Gummiindustrie mehr erzeugt wird, ohne die Neueinstellungen von Arbeitnehmern vorzunehmen. Die Mehrproduktion ist auf technische Verbesserungen und gewaltige Steigerungen der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters zurückzuführen.“

Seit längerer Zeit tobt ein scharfer Kampf um die Rohstoffe zwischen England und USA. Die USA haben ungefähr 70 Prozent des Produktionsmonopols. England schlug aus dem Kaustschuk-Produktionsmonopol sehr viel Kapital. Dieser Prozentsatz sinkt von Jahr zu Jahr. 1921 hatte England noch 72 Prozent der Weltkaustschuk-Produktion in Händen. Diese ist im Jahre 1927 auf 52,3 Prozent gesunken. Die USA hatten 40 Millionen Dollar zum Ankauf von Rohgummi angewandt, um die englische Monopolstellung zu brechen und den Rohgummipreis zu drücken. Der Preis für Rohgummi hat sich gegenüber vor dem Krieg gewaltig geändert. Im Jahre 1913 betrug der Preis für Rohkaustschuk 27,91 Mark pro Kilo. Der tiefste Stand wurde im Jahre 1922 mit 1,30 Mark erreicht, und betrug im Jahre 1927 3,50 Mark. An dieser Preisgestaltung muß Amerika ein besonderes Interesse haben, weil USA im Jahre 1928 vom gesamten Weltverbrauch 368 000 Tonnen = 72 Prozent und Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan nur 30 000 Tonnen benötigt.

Der Zusammenschluß der Reifenindustrie in dem Continental-Kongress dürfte den Zweck haben, hier eine Monopolstellung zu schaffen. Dadurch wird die Konkurrenz auf dem deutschen Reifenmarkt ausgeschaltet und es bleibt lediglich die Konkurrenz des Auslandes bestehen. Für die Konkurrenz der USA bestehen vorläufig noch keine Befürchtungen, denn amerikanische Reifen werden in Deutschland bisher immer noch höher angeboten als die deutschen Reifen. Nach der Meldung der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. Oktober 1928, beträgt der deutsche Preis für eine Decke 820x120 112,20 Mark gegen 123,40 für eine amerikanische Decke. Durch den Zusammenschluß im Continental-Kongress werden Zusammenlegungen der Produktionsabteilungen vorgenommen. Es dürfte dabei vorkommen, daß Betriebsabteilungen von den Werken Frankfurt, Corbach und Waltershausen nach den Mutterwerken Hannover verlegt werden, ohne dafür eine andere Abteilung nach diesen Werken zu verlegen. Die Ausbehnungsmöglichkeiten sind beim Hauptwerk „Continental“ nicht mehr vorhanden, dafür besitzt das Werk „Excelsior“ aber noch sehr viel unbebautes Gelände. Bei der Amorganisierung der Produktionszweige von einem Betrieb zum anderen, muß es Aufgabe der Betriebsräte sein, durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung zu versuchen, Härten zu vermeiden.“

Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Die Bedeutung der Rationalisierung des Arbeitsprozesses“ sprach der Kollege Haupt (Hannover) über das Bedaur-System, welches in der Continental (Hannover) und Excelsior (Hannover) zur Einführung gekommen ist. Er führte hierzu ungefähr aus:

„Das Bedaur-System unterscheidet sich von der Akkordarbeit dadurch, daß es zwar auf Leistung beruht, aber die höhere Entlohnung in Prämienform in Erscheinung tritt. Diese Prämien sind aber so berechnet, daß bei Mehrleistung über normal der Arbeiter nur 75 Prozent dieser Mehrleistung vergütet erhält. Mit Wissenhaft hat dieses System nichts zu tun. Die Bedaur-Ingénieur erklären, daß die Festlegung der Punkte auf langjährige Erfahrung zurückzuführen sei. Die Bedaur-Ingénieur sind Beauftragte der Bedaur-Gesellschaft, die ihren Sitz in Amerika hat. In der deutschen Bedaur-Gesellschaft soll die „Continental“ ausschlaggebend mit beteiligt sein. Die Bedaur-Ingénieur versprechen den Unternehmern bei Einführung des Systems erhebliche Leistungssteigerungen. Diese sind bei Einführung des Bedaur-Systems auch beobachtet worden. Die Bedaur-Gesellschaft verzichtet auf jeden Eingriff in die vorhandene Arbeitsmethode. Sie will überflüssige Handgriffe und Wege bei der Arbeit ausschalten, um dadurch eine höhere Arbeitsleistung heranzubringen. Die Leistungssteigerung erfolgt aber fast ausschließlich durch schnellere Bewegungen und größere Kraftentfaltung der Arbeiter. Bei Einführung des Systems in einem Betrieb werden die Arbeiter zur Mitarbeit herangezogen. Durch die Tatsache, daß Betriebsräte verschiedentlich durchsetzen, den B-Punkt fixer zu legen als vorgelesen ist der Nachweis erbracht, daß die Wissenschaftlichkeit der Bedaur-Ingénieur nur eine Vorpiegelung falscher Tatsachen ist. Das Bedaur-System hat keine Aussicht auf größeren Einfluß in der Industrie. In der amerikanischen Industrie ist Amerika war es nur möglich, seit Bestehen der Gesellschaft im Jahre 1911, 200 Betriebe von den ungezählten tausenden der amerikanischen Industrie für das Bedaur-System zu gewinnen. Die Einführung des Bedaur-Systems in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ist auch in den Anfängen stecken geblieben, denn nach Angabe eines Bedaur-Ingieurs, am 2. August 1929 in Hannover, konnten bisher in der ganzen Welt nur 200 000 Arbeiter für das System gewonnen werden. Soweit wir übersehen können, ist das Bedaur-System bisher in zwei Gummiabriken Hannovers und in den drei Kautschuk-Werken in Delmenhorst eingeführt. In einigen anderen Gummiabriken ist man bei der Einführung, ebenso bei den übrigen Betrieben des Kautschuk-Trusts, es wird eingeführt in einer Blechballfabrik in Hannover, und außerdem hat man in einer Porzellanfabrik Wuperns mit dem Betriebsrat wegen Einführung des Systems Fühlung genommen.“

Unserem Verband ist einmal der Vorwurf gemacht, daß er sich nicht genügend gegen die Einführung des Systems gewendet habe. Das ist falsch. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schrieb am 3. März 1929 über das Bedaur-System und kam zu dem Schluß, daß den Anfängen gewährt werden müsse. Im „Proletarier“ hat Kollege Böcker (Hannover) aber schon am 28. April 1928 einen Warnruf erlassen. Auch sind im Laufe der Zeit im „Proletarier“ noch einige Artikel von der Branchenleitung Chemie erschienen. Die uns bekannt gewordenen Veröffentlichungen des „Butab“ sind in einem späteren Zeitpunkt erfolgt, als die Angehörigen vom Bedaur-System bedroht waren. Es tauchte sofort die Frage auf, ob die scharfe Kritik des „Butab“ berechtigt sei, wobei die Ansicht vertreten wurde, daß die Angestellten erstmalig

amerikanisch war es nur möglich, seit Bestehen der Gesellschaft im Jahre 1911, 200 Betriebe von den ungezählten tausenden der amerikanischen Industrie für das Bedaur-System zu gewinnen. Die Einführung des Bedaur-Systems in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ist auch in den Anfängen stecken geblieben, denn nach Angabe eines Bedaur-Ingieurs, am 2. August 1929 in Hannover, konnten bisher in der ganzen Welt nur 200 000 Arbeiter für das System gewonnen werden. Soweit wir übersehen können, ist das Bedaur-System bisher in zwei Gummiabriken Hannovers und in den drei Kautschuk-Werken in Delmenhorst eingeführt. In einigen anderen Gummiabriken ist man bei der Einführung, ebenso bei den übrigen Betrieben des Kautschuk-Trusts, es wird eingeführt in einer Blechballfabrik in Hannover, und außerdem hat man in einer Porzellanfabrik Wuperns mit dem Betriebsrat wegen Einführung des Systems Fühlung genommen.“

Jährliche durchschnittliche Tantieme eines Aufsichtsratsmitgliedes bei

der AEG.	7 000 Mk.
der Deutschen Bank.	10 000 Mk.
der Dresdner Bank.	10 000 Mk.
der Mannesmann-Gesellschaft.	11 000 Mk.
den Vereinigten Stahlwerken.	12 000 Mk.
Siemens u. Halske.	42 000 Mk.
der I.-G. Farbenindustrie.	54 000 Mk.
der Zellstoff Walthof.	64 000 Mk.
den Vereinigten Glasstoff-Fabriken.	160 000 Mk.

Nach den Satzungen der neuen Deutsch-Holländischen Vereinigung sind sogar Einzelfantimen bis zu 600 000 Mark möglich.

durch eine Rationalisierung bedrängt wurden. Das trifft nicht das Richtige. Auch Angestelltenbetätigungen sind schon rationalisiert worden. Der „Butab“ hat aber sofort, ebenso wie wir, richtig erkannt, daß hier ein Anteilbergsystem Platz greift, das die Arbeitskraft der davon Betroffenen in verhältnismäßig kurzer Zeit zugrunde richten muß, und daß die Fügbarkeit der vom System Betroffenen nur dadurch erreicht werden kann, daß durch Vertrauensleute der Gewerkschaften, also Funktionäre der Angestellten und Arbeiter, den mit dem Bedaur-System Bedachten die Arbeitsweise schmackhaft gemacht werden soll.

Beim Bedaur-System steht einwandfrei fest, daß die persönliche Leistungssteigerung in allen Fällen enorm ist. Vernünftige Menschen sehen den Zeitpunkt voraus, wo diese Leistungssteigerung den Durchschnittsarbeiter zu Boden drückt, ihn arbeitsunfähig machen muß. Wir haben es also im Bedaur-System mit einer direkten akuten Gefahr für die Arbeiter zu tun. Es muß in allen Betrieben, wo sich die Arbeiterschaft stark genug fühlt, mit allen Mitteln gegen dieses System gekämpft werden.“

Aber die beiden Referate entwickelten sich eine sehr anregende Debatte. Die Ausführungen aller Diskussionsredner klangen darin aus, daß in einem kapitalistischen Betriebe alle Arbeiter in der heutigen Zeit ausbeutet würden, ganz gleich, wie das System hieße. Bei dem Bedaur-System müsse vor allem darauf geachtet werden, wenn sich die Einführung nicht vermeiden ließe, die Mitarbeit und Kontrolle der Betriebsräte und Funktionäre zu sichern. Des weiteren kam noch zum Ausdruck, daß die Betriebsräte über alle diese Maßnahmen, sei es Bedaur-System oder Zusammenlegungen und Verschiebungen von Produktionsabteilungen, in engster Fühlung mit der Verbandsleitung bleiben müssen.

Unfall auf der Norddeutschen Affinerie.

Durch einen schweren Unfall blühte der Kollege Wilhelm K e m n a d e im Betriebe der Norddeutschen Affinerie in Hamburg sein Leben ein. Er war damit beschäftigt, Erze in einen sogenannten Silo zu schütten. Aus irgendeinem Grunde trat in dem Abstrich des Erzes eine Stöckung ein. Als der Kollege Kemnade nach der Ursache der Stöckung sehen wollte, stürzten die Erzmassen nach und begruben den Unglücklichen unter sich. Als es gelungen war, ihn zu befreien, war er bereits erstickt.

Papier-Industrie

Eine Konferenz der Betriebsräte der Feldmühle-Reisholz-AG,

fand am 15. September 1929 in Hannover statt. Als Tagesordnung war vorgelesen:

1. Die neue Gesellschaft Feldmühle-Reisholz.
2. Betriebsrätefragen:
 - a) Entsendung in den Aufsichtsrat;
 - b) Arbeitsordnungen;
 - c) Betriebskrankenkasse.
 Referent: Kollege Adler (Hannover).
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollege Adler (Hannover) gab bekannt, daß der Kollege Stähler, der als Referent für den ersten Punkt der Tagesordnung vorgelesen war, durch seine Erkrankung verhindert sei an der Konferenz teilzunehmen. Bei seinen Ausführungen über den Aufbau der neuen Gesellschaft Feldmühle-Reisholz-AG, verwies Kollege Adler auf die in den Nummern 13 und 27 des „Proletariers“ erschienenen Artikel über die Feldmühle-Reisholz-AG. Die Aussprache über den ersten Punkt leitete zum zweiten Punkt der Tagesordnung über. Es sprachen die Kollegen Molkenhuth (Stettin), Sorg (Emsbörn), Lerchow (Stettin), Schmidt (Welfendorf). Die Kollegen schilderten die Verhältnisse in ihren Betrieben und ergänzten die Ausführungen des Kollegen Adler über den organisierten Aufbau der neuen Gesellschaft, deren Hauptverwaltung nun in Stettin ihren Sitz hat. Der Kollege Adler führte aus, daß man mit der Wahl in den Aufsichtsrat nicht bis zum Ablauf der Wahlperiode des Betriebsrates warten könne, da die Arbeiterschaft ja sonst nicht bei den Beratungen zum Schluß des Geschäftsjahres vertreten sei und so über die Aufstellung der

Kollege Adler wies weiter darauf hin, daß die Mitglieder des Betriebsrates wie die Vertreter im Aufsichtsrat selbstverständlich ihre Tätigkeit nur in fester Verbindung mit den Zahlstellen und dem Hauptvorstand ausüben könnten. Ohne den Rückhalt an einer starken, leistungsfähigen Organisation sei für Betriebsratsmitglieder wie für die Vertreter im Aufsichtsrat eine erfolgreiche Arbeit überhaupt nicht denkbar. Ebenso muß der Schriftverkehr unter den Betriebsräten der einzelnen Werke der Gesellschaft über die Zahlstellenleitungen und den Hauptvorstand gehen, da sonst sehr leicht Schädigungen der einzelnen Betriebsratsmitglieder wie der gesamten Arbeiterschaft und der Organisation eintreten könnten. Mit den Angestelltenräten der einzelnen Werke muß Verbindung gesucht werden. Kollege Adler schlug vor, drei Kandidaten zu bestimmen.

Vorgeschlagen und zu Kandidaten bestimmt wurden die Kollegen Philipp Sorg, Moorrege bei Akeren, Otto Molkenhuth, Jüllchow, Karl Schmidt, Reisholz.

In bezug auf die Arbeitsordnungen führte der Kollege Adler aus: Es hat sich in vielen Fällen gezeigt, daß die Vorgesetzten der Betriebsräte nicht unterrichtet sind, wie eine richtige und zweckmäßige Arbeitsordnung beschaffen sein soll. Da aber die Arbeitsordnungen nur durch die Mitwirkung der Betriebsräte zustande kommen können, ist eine genaue Kenntnis aller Vorteile und Nachteile, die sich aus mangelhaften unrichtigen Arbeitsordnungen für die Arbeiterschaft ergeben können, unbedingt notwendig. Wir werden die uns eingesandten Arbeitsordnungen prüfen und dann Vorschläge zur Besserung und Abänderung machen. Einseitig kann kein Unternehmer eine Arbeitsordnung erlassen.

Ob eine Arbeit vorübergehend ist, muß nach ihrer Art beurteilt werden. Eine gesetzliche Definition des Begriffs „vorübergehende Arbeit“ gibt es nicht. Die Dauer der Beschäftigung ist da nicht entscheidend. Die Art der Arbeit ist das Entscheidende. Es ist immer gefährlich, wenn die Kollegen bei ihrer Einstellung eine Erklärung unterschreiben, daß sie sich nur als für vorübergehende Arbeit eingestellt betrachten. Dadurch begeben sie sich ihrer Rechte, auch des Einspruchsrechts.

Aber die gewerkschaftliche Betätigung der Betriebsräte ist zu sagen, daß diese ja durch die Reichsverfassung gewährleistet ist, auch das Betriebsrätegesetz schützt die politische und gewerkschaftliche Betätigung. Eine Entlassung aus diesem Grunde ist nicht zulässig. Viele neue Gerichtsurteile bestätigen, daß es Recht und unter Umständen sogar Pflicht der Betriebsratsmitglieder sei, für ihre gewerkschaftliche Organisation zu wirken, um eine Einheitskraft unter der Arbeiterschaft herzustellen. Die Betriebsratsmitglieder handeln dann eben als Vertrauensleute der Gewerkschaften.

Strafen können nicht durch die Betriebsleitung allein festgesetzt werden, auch da ist die Mitwirkung des Betriebsrates erforderlich. Es ist wichtig, daß sich die Betriebsräte über alle solche Fragen mit den Zahlstellenleitungen und dem Hauptvorstand verständigen, um Schaden für die Arbeiterschaft zu verhüten.

Die Wichtigkeit der behandelten Frage wurde von allen Kollegen anerkannt, ebenso die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit dem Hauptvorstand, um die erstrebten Änderungen in den Arbeitsordnungen durchzuführen zu können.

Zum Punkt „Betriebskrankenkassen“ sagte Kollege Adler, daß wir als organisierte Arbeiter kein Interesse an der Errichtung von Betriebskrankenkassen haben. Es ist ja auch nach den Bestimmungen der RVO. gar nicht so leicht, eine Betriebskrankenkasse auf alle anderen Werke zu übertragen. Dazu ist die Zustimmung des Betriebsrats auf jedem einzelnen Werk erforderlich. Wir haben also die Möglichkeit, die Errichtung neuer Betriebskrankenkassen zu verhindern. Das liegt auch in unserem Interesse, denn in den Betriebskrankenkassen sind die Arbeiter viel rechtloser als in den Ortskrankenkassen. Außerdem sind die Ortskrankenkassen viel leistungsfähiger. Die Zustimmung des Betriebsrats zur Neueinrichtung von Betriebskrankenkassen ist nicht zu ersehen. Wir wollen solche Zersplitterung im Versicherungswesen nicht, sondern erstreben große, leistungsfähige Kassen.

Die Ausführungen des Kollegen Adler fanden alleseitige Zustimmung, die sich in den Erklärungen der Kollegen Molkenhuth, Schmidt, Sorg und Lerchow ausdrückte.

Beim Punkte „Verbandsangelegenheiten“ behandelte Kollege Adler den kürzlich abgeschlossenen Kartellvertrag mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und erläuterte besonders die Bestimmungen des § 5 des Vertrages, der von den Betriebsräten und der Vertretung im Aufsichtsrat handelt. Er betonte, daß der Abschluß des Vertrages einen bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege der Gewerkschaftsentwicklung darstelle und erjuchte die Kollegen, nun auch ihrerseits die Bestimmungen des Vertrages genau zu beachten, um ein möglichst gutes und erfolgreiches Zusammenarbeiten mit der besrenzten Organisation herbeizuführen, womit den Interessen der Gesamtarbeiterschaft am besten gedient sei.

Die Kollegen Sorg und Molkenhuth begrüßten den Abschluß des Kartellvertrages mit dem Deutschen Metallarbeiterverband gleichfalls als einen Fortschritt in der Gewerkschaftsarbeit, der auch für die Betriebe der Feldmühle-Reisholz-AG große Bedeutung habe und den Betriebsräten und Funktionären die Arbeit sehr erleichtere. Die Zersplitterung in den Betrieben werde beseitigt und dadurch die Bedeutung der Gewerkschaften noch gehoben.

Nachdem von den Kollegen Adler und Heering noch einige Anfragen beantwortet worden waren, schloß der Kollege Adler die Konferenz mit den Worten der Anerkennung für die von den Delegierten geleistete sachliche Arbeit und mit dem Wunsche, daß auch diese Konferenz weitere gute Wirkungen für die Organisation und die Arbeiterschaft haben möge.

Rundschau.

Sportplatz und Alkohol.

Unter dieser Überschrift behandelt Ernst Bauer in Heft 8 der „Sportpolitischen Rundschau“, die von der Zentralkommission für Arbeiter Sport und Körperpflege herausgegeben wird, die in den letzten Jahren nicht selten beobachtete „Veralkoholisierung“ der Sportplätze. Er führt diese bedauerliche Erscheinung in erster Linie auf die Bindung zurück, die viele Turn- und Sportvereine mit dem Alkoholkapital eingegangen sind, um billige Darlehen für ihre Sportplätze zu erhalten. Er sieht in dieser Verquickung von Alkohol und Sportplatz eine ernste Gefahr für die Sportbewegung, weil das Vereinsleben oberflächlicher werde, an die Stelle innerer Kameradschaft schnelle und hohle Verbindungen träten und schließlich wertvolle Jugend, die nach einem gediegenen Lebensstil strebe, abwandere. Die Vereine sollten im Interesse ihrer sportlichen Ideale dazu übergehen, mit der Zeit die alten Verpflichtungen abzulegen, und dafür einzutreten, daß für die Folge bei Neuanlagen keine Brauereigelder mehr in Anspruch genommen werden.

Wenn dieser Aufsatz die Ansicht der Zentralkommission für Arbeiter Sport und Körperpflege wiedergibt, dann besteht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Arbeiter Sportbewegung und der vom Genossengewerkschaften geführten „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Alkoholkonkurrenz“, die kürzlich in einer Eingabe an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein gesetzliches Alkoholverbot für

Judas.

Von Johan Falkberget.

(Autorisierte Übersetzung von Theobald Völcker.)

Es war im Spätherbst. Peder Hansen Lørsvoold ging eines Nachmittags rasend und fluchend in seiner Stube auf und ab.

Diese verdammte hohe Steuer! Nun war er mit einem Vermögen von 12000 Kronen eingeschätzt, und mit einem Einkommen von 1800 Kronen.

Lag da Sinn darin? Und bei alledem schmissen die Kerle abends um acht den Kram hin und gingen ihrer Wege.

Und der Hofbesitzer Peder Hansen Lørsvoold schlug auf den Tisch und schwur bei der irdischen und himmlischen Gerechtigkeit, daß er sich aufbäumen werde zum Kampf gegen die neue Zeit!

Pfui Teufel, solche Unverschämtheit!

Andern Tags stand Peder Hansen Lørsvoold erhöht und aufgeblasen im Kontor der Grube und bot dem Direktor für die Dauer des Streiks seine Dienste an.

Der Direktor sah geduldig da und hörte Peders umständliche Auseinandersetzung an.

Das sei noch gesundes Fühlen und Denken, sagte er. Ja, gewiß, Peder sollte Arbeit auf der Grube erhalten.

Peder dankte gerührt und tief bewegt. Am sollte es den Streikern nachträglich vergolten werden, daß sie nicht bei einem hehrwürdigen Bauern den Sommer über für die Kost arbeiten wollten!

Eigentlich war es nicht seine starke Seite, die Nacht über anzuhängen. Er mußte daran denken, wie er vor sieben Jahren eine Nacht lang nach einem verlassenen Gaul gesucht hatte.

Aber konnte er nicht Aufsichtsmann auf der Grube werden? Er wollte die Leute ordentlich antreiben, daß sie auch was leisteten fürs Geld.

Der Direktor bedankte sich sehr. Aber eine solche Stellung war jetzt nicht frei.

Der Abend kam.

Peder war in der Wäscherei zur Stelle. Er war gut eingekleidet — mit großem Halsband und über die Ohren gezogener Pelzwulste.

Es war ja im Späthjahr, und da mußte man auf die kalten Nächte gefaßt sein.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen. Schläg sechs wurde die große Wäscherei in Gang gesetzt. Peder erhielt einen engen Platz angewiesen zwischen großen pfeifenden Schwanzrädern und laufenden Treibriemen.

Darauf verschwand der Werkmeister. Beim Peder brach, wie er so stand, der kalte Schweiß aus. Die Geschichte hier konnte auf die Dauer gewiß nicht gut abgehen.

Am Abend kam. Peder war in der Wäscherei zur Stelle.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Der Werkmeister sah ihn an und lächelte im stillen.

Peder glökte mit blutunterlaufenen Augen. Er beeilte sich aus Leibeskräften.

Ja, nun war er ja in eine Höllenpein hineingeraten! Rot und gelbe Flammen standen ihm vor Augen, und es war ihm, als höre er es ringsum schreien und heulen: „Die Räder fliegen in Stücke und schlagen dich zusanden, Peder. Nimm dich nur in acht! Die laufenden Riemen packen dich und reißen dich in Fetzen. Nimm dich bloß in acht!“

Und er hörte andere wunderliche Rufe. Das war ja wie in einem Höllenspinn!

Um 12 Uhr nachts war Ruhepause.

„Eine Stunde Pause“, schreit der Werkmeister. Er rennt an ihm vorbei und verschwindet im Dunkel.

„Bloß eine Stunde Ruhe“, murmelt er.

Er hatte gedacht, sich Grütze zu kochen und sie zu essen.

Aber in einer knappen Stunde war ja keine Zeit zum Grützekochen. Er mußte mit Kaffee zufrieden sein.

Er kommt in die Baracke. Alle Arbeiter liegen da und schlafen.

In den Ofen war das Feuer ausgegangen. Da mußte er erst einheizen. Und er macht sich daran, nimmt sein Dolchmesser und spaltet Holzstücken in Scheite.

Hinten in einer Ecke findet er die Petroleumkanne. Er nimmt sie und gießt einige starke Portionen in den Ofen.

Die Petroleumkanne hat auch Feuer gefangen und explodiert mit einem Knall wie ein Sprengschuß.

Die Leute in der Baracke werden wach von dem Lärm. Sie erheben sich von den Betten, reiben sich die Augen und starren entsetzt in den Raum.

Was in aller Welt ist los!

Ist es der leidbaffige Teufel in eigener Person?

Man springt auf und gießt ihm einige Eimer Wasser über den Kopf.

Peder sieht erbärmlich aus. Bart, Haar und Augenbrauen sind ihm ganz verkengert.

Da glökt der Werkmeister zur Tür herein: „Die Zeit ist um, Peder“, sagt er und sieht ihn spöttlich grinsend an.

Aber nun ist Peders Geduld zu Ende.

„In die Hölle mit dir und der Zeit!“, schreit er.

Die Leute, die wieder in ihren Betten liegen, krümmen sich vor Lachen.

Aber als das Lachen verklungen ist und alle Arbeiter in der Baracke wieder eingeschlafen sind, geht Peder unruhig auf und ab.

Der Schmerz in den Brandwunden wird ärger und ärger. Er weiß sich keinen Rat mehr.

Aber er hatte hier gar nichts Passendes dazu. Doch irgendetwas war wohl aufzutreiben.

Er geht nach seinem Sack, und holt einen alten Strumpf hervor.

Den wickelt er sich um Kopf und Ohren. Dann nimmt er seinen

Messerriemen und spannt ihn darüber. Er denkt nicht daran, das Messer faul der Scheide abzunehmen.

Am helllichten Tage wandert Peder Hansen Lørsvoold in sehr heruntergekommenem Zustand nach seinem Heim drinnen im Tal.

Aber als er denaken über den Weg geht, ist da einer auf dem Nachbarhofe, der ihm ein langes, höhnisches „Judas“ nachtraff!

Einem Spottnamen sollte er auch noch haben!

Aber auch zu Hause soll er noch keine Ruhe finden. In er in seinem Anpuff in sein Haus tritt, in dem ihn seine Frau erwartet, bricht diese in ein helles Gelächter aus, als sie das schmerzverzogene, schmutzige, unwirkliche Gesicht ihres Mannes sieht.



Ihm sollte noch einmal einer mit Arbeit am Steinbeißer, und in der Nacht dazu, kommen. Aber „Judas“ hieß er noch lange Zeit.

Mein Onkel Franz.

Von Ludwig Thoma.

Da bekam meine Mutter einen Brief von Onkel Franz, welcher ein pensionierter Major war. Und sie sagte, daß sie recht froh sei, weil der Onkel schrieb, er wolle schon einen ordentlichen Menschen aus mir machen, und es kostete 80 Mk. im Monat.

Ich durfte nie spielen, und es war überhaupt niemand da. Bloß der Onkel Franz und die Tante Anna, welche den ganzen Tag herumgingen und achtgaben, daß nichts passierte.

„Warte nur, du Lausbub, ich krieg dich schon noch.“

Vom Fenster aus konnte man auf die Straße hinunterspucken, und es klang sehr fürchterlich, wenn es danebenging.

Da habe ich oft gelacht, aber sonst war es gar nicht lustig.

Der Professor konnte mich nicht leiden, weil er sagte, daß ich einen sehr schlechten Ruf mitgebracht hatte.

Es war aber nicht wahr, denn das schlechte Zeugnis war bloß deswegen, weil ich der Frau Rektor ein Brausepulver in den Nachthafen getan hatte.

Das war aber schon lange, und der Professor hätte mich nicht so zu schinden brauchen. Der Onkel Franz hatte ihn gut gekannt und ist oft hingegangen zu ihm.

Dann haben sie ausgemacht, wie sie mich alle zwei erwischen können.

Wenn ich von der Schule heimkam, mußte ich mich gleich wieder hinsetzen und die Aufgaben machen.

Der Onkel schaute mir immer zu und sagte: „Machst du es wieder recht dumm? Warte nur, du Lausbub, ich komm dir schon noch.“

Einmal mußte ich eine Arithmetikaufgabe machen. Die brachte ich nicht zusammen, und da fragte ich den Onkel, weil er zu meiner Mutter gesagt hatte, daß er mir nachhelfen wolle.

Und die Tante hat auch gesagt, daß der Onkel so geschickt ist, und daß ich viel lernen kann bei ihm.

Deswegen habe ich ihn gebeten, daß er mir hilft, und er hat sie dann gelesen und gesagt: „Kannst du schon wieder nichts, du nichtsmüßiger Lausbub? Das ist doch ganz leicht.“

Und dann hat er sich hingelegt und hat es probiert. Es ging aber gar nicht schnell. Er rechnete den ganzen Nachmittag, und als ich ihn fragte, ob er es noch nicht fertig hat, schimpfte er mich fürchterlich und war sehr froh.

Erst vor dem Essen brachte er mir die Rechnung und sagte: „Jetzt kannst du es abschreiben; es war doch ganz leicht, aber ich habe noch etwas anderes tun müssen, du Dummkopf.“

Ich habe es abgeschreiben und dem Professor gegeben. Am Donnerstag kam die Aufgabe heraus, und ich meinte, daß ich einen Einser krieger. Es war aber wieder ein Vierer, und das ganze Blatt war rot, und der Professor sagte: „So eine dumme Rechnung kann bloß ein Esel machen.“

„Das war mein Onkel“, sagte ich, „der hat es gemacht, und ich habe es bloß abgeschrieben.“

Die ganze Klasse hat gelacht, und der Professor wurde aber rot.

„Du bist ein gemeiner Lügner“, sagte er, „und du wirst noch im Zuchthaus enden.“

Dann sperrte er mich zwei Stunden ein. Der Onkel wartete schon auf mich, weil er mich immer durchhaute, wenn ich eingesperrt war. Ich schrie aber gleich, daß er schuld ist, weil er die Rechnung so falsch gemacht hat, und daß der Professor gelacht hat, so was kann bloß ein Esel machen.

Da haute er mich erst recht durch, und dann ging er fort. Der Greißler Heinrich, mein Freund, hat ihn gesehen, wie er auf der Straße mit dem Professor gegangen ist, und wie sie immer stehenblieben und der Onkel recht eifrig geredet hat.

Am nächsten Tage hat mich der Professor aufgerufen und gesagt: „Ich habe deine Rechnung noch einmal durchgesehen; sie ist ganz richtig, aber nach einer alten Methode, welche es nicht mehr gibt.“

Es schadet dir aber nichts, daß du eingesperrt warst, weil du es eigentlich immer verdienst und weil du beim Abschreiben Fehler gemacht hast.“

Das haben sie miteinander ausgemacht, denn der Onkel sagte gleich, als ich heimkam: „Ich habe mit deinem Professor gesprochen. Die Rechnung war schon gut, aber du hast beim Abschreiben nicht aufgepaßt, du Lausbub.“

Ich habe schon aufgepaßt, es war nur ganz falsch.

Aber meine Mutter schrieb mir, daß ihr der Onkel geschrieben habe, daß er mir nicht mehr nachhelfen könne, weil ich die einfaches Rechnungen nicht abschreiben kann, und weil er dadurch in Verlegenheit kommt.

Das ist ein gemeiner Mensch.

Humoristische Ecke.

Ähnlichkeiten. Richter: „Wie kommt es, daß Sie sich der Schimpfwörter „Rhinoceros“, „Nilpferd“ und „Mondkalb“, die der Beschuldigte dem Kläger gegenüber gebraucht hat, plötzlich wieder entsinnen . . . in der Voruntersuchung behaupteten Sie, Sie vergessen zu haben?“ — Zeuge: „Ja, jetzt, wo ich den Kläger anschau, fallen sie mir wieder ein!“



* Der Verfasser unserer Skizze ist ein norwegischer Bergarbeiter.